

demokratie



1.2026 Magazin für Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie

Demokratie und Arbeit

**Warum die Demokratie
nicht an der Bürotür endet**
S. 6

**Demokratie macht
Schule: Unser Schul-
wettbewerb in NRW**
S. 16

**Digitale Demokratie:
Lernen von Audrey Tang**
S. 32

Seite 16: Wie sich Schülerinnen und Schüler zum Wählen animieren



Seite 28: Was heißt es, wirklich souverän zu sein? Ralf-Uwe Beck sucht in seinem neuen Buch nach Antworten.

Seite 32: Über die Demokratie der Zukunft: Digitalpolitikerin Audrey Tang



Inhalt

4 Demokratie im Sucher: Gründung der EWG

Einblicke

- 6 Arbeit und Demokratie:
Demokratie endet nicht an der Bürotür
- 12 Wem gehört das Wahlrecht?
Forderungen für die Regeln unserer Demokratie
- 16 Unser Schulwettbewerb in NRW: Junge Menschen für Politik begeistern.
- 24 Bürgerräte 2025 - ein Jahresrückblick

Ausblicke

- 20 Kolumne: Der Wunsch nach Autoritäten in Krisenzeiten - und was wirklich hilft
- 28 Autor und Vorstandssprecher Ralf-Uwe Beck im Interview: Souverän - Plädoyer für mehr direkte Demokratie
- 32 Audrey Tang - Demokratie gemeinsam programmieren

- 36 Demokratie kompakt: Meldungen aus dem Kosmos
- 39 Buchrezension: Stark im Wandel
- 40 Neues aus den Landesverbänden
- 42 Mein demokratisches Erlebnis

- 43 Service

Liebe Leserinnen und Leser,

gerade erst hat mich wieder ein Unternehmer einer großen deutschen Handelskette eingeladen und mich gebeten, etwas Demokratiestärkendes mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu tun. Aber: Demokratie und Arbeit - geht das zusammen? Und wenn ja, wie? Wir wollen nicht, dass ein Staat wie ein Unternehmen und ein Unternehmen wie ein Staat geführt wird. Und doch spüren wir, dass die Art und Weise, wie wir zusammenarbeiten, sich auch auf unsere Demokratie auswirkt. Demokratie macht vor dem Arbeitsplatz nicht halt. Wie können sich Demokratie und Arbeit gut miteinander verbinden? Diesen Fragen wollen wir nachgehen und laden deshalb gemeinsam mit ZOOM e.V. zu einer öffentlichen Konferenz am 15. und 16. April 2026 nach Frankfurt ein. Mehr dazu lesen Sie ab Seite 6.



Claudine Nierth,
Bundesvorstandssprecherin
von Mehr Demokratie

Ganz besonders freut uns der große Erfolg unseres Landesverbandes in NRW mit seinem Schulwettbewerb zur Kommunalwahl. Eine wirklich beispielhafte Kampagne, um mit jungen Menschen im Umfeld ihrer Schule über Demokratie und Beteiligung in den Austausch zu kommen. Zu lesen ab Seite 16.

Außerdem freuen wir uns, Ihnen auf Seite 28 das gerade veröffentlichte Buch von meinem Vorstandssprecherkollegen Ralf-Uwe Beck vorstellen zu können. Ein Plädoyer für die direkte Demokratie!

Besonders zu empfehlen ist der Artikel über das Zusammenspiel digitaler Technik und Bürgerbeteiligung ab Seite 32: Was können wir von Taiwans Demokratiepölitik lernen?

Während ich diese Zeilen schreibe, eskalieren im Nahen Osten die Konflikte und die Bombenangriffe beunruhigen sehr. Welche Rolle spielt heute noch das Völkerrecht? Wie viele Menschen leiden unter ihren Staatsmännern, auch unter den demokratisch gewählten? Wohin entwickeln sich Demokratien in dieser Zeit? Das sind Fragen, die mich persönlich sehr bewegen und denen wir uns in kommenden Ausgaben widmen wollen.

Mit besten Grüßen
Ihre

A handwritten signature in blue ink that reads "Claudine Nierth".


Claudine Nierth
Bundesvorstandssprecherin

Demokratie im Sucher

Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft am 25. März 1957

Mit den Römischen Verträgen schlossen sechs westeuropäische Staaten - Deutschland, Frankreich, Italien und die Beneluxstaaten - ein Abkommen, das die wirtschaftliche Zusammenarbeit vertiefen und dauerhaften Frieden sichern sollte. Im Zentrum stand die Idee eines gemeinsamen Marktes mit freiem Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr. Nach den Erfahrungen von Krieg und Nationalismus setzte die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft auf Kooperation und gegenseitige Abhängigkeit. Sie wurde zum Kernprojekt der europäischen Einigung und legte den Grundstein für die heutige Europäische Union.





Demokratie endet nicht an der Bürotür

Arbeitsräume sind Orte von Macht, Anerkennung und Entscheidung. Damit sind sie ein zentraler Resonanzraum demokratischer Erfahrung. Was hier gelebt wird, wirkt über Organisationen in die Gesellschaft hinein.

Gastbeitrag von Maria Lang von ZOON e.V.



Foto: Maxime Horlaville/istock

Demokratie wird meist dort verortet, wo gewählt, verhandelt und regiert wird. Dabei entsteht ein großer Teil demokratischer Erfahrungen in Räumen, die selten als politisch anerkannt werden: in Betrieben, Verwaltungen, Bildungseinrichtungen, Teams. Hier wird täglich ausgehandelt, wer gehört wird,

Warum ausgerechnet der Arbeitsraum? Drei Gründe:

1. Regelmäßigkeit statt Zufall

Demokratische Praxis entsteht nicht durch gelegentliche Appelle, sondern durch Wiederholung. Kaum ein gesellschaftlicher Ort bringt Menschen so regelmäßig zusammen wie Arbeit: Woche für Woche, in Projekten, Entscheidungen, Konflikten.

2. Unterschiedlichkeit unter Realbedingungen

Arbeitsräume sind selten homogen. Hier treffen Lebensentwürfe, Milieus, Generationen, Bildungswege und kulturelle Prägungen aufeinander – nicht als Debatte, sondern in Zusammenarbeit, in der Unterschiede ausgehalten und übersetzt werden müssen.

3. Entscheidungen mit Konsequenzen

Im Arbeitsalltag geht es nicht nur um Meinungen, sondern um Handeln: Ressourcen, Prioritäten, Verantwortung, Fairness. Genau deshalb werden demokratische Fragen hier „spürbar“ – und können als Kompetenz- und Handlungspraxis erlebt werden.

wie Konflikte geführt werden, wie transparent Entscheidungen sind – und ob Menschen Wirksamkeit erleben oder Ohnmacht.

Ein Satz im Meeting kann reichen, um diese Dynamik sichtbar zu machen: „Das ist entschieden.“ In vielen Organisationen markiert so ein Moment nicht nur eine fachliche Klärung, sondern auch eine Grenze zwischen Beteiligung und Ansage, zwischen Verantwortung teilen und Verantwortung delegieren. Was im Kleinen beginnt, wirkt im Großen: Wer dauerhaft erlebt, dass die eigene Stimme keinen Unterschied macht, lernt Rückzug. Wer erlebt, dass Widerspruch sanktio-

nieren mit unterschiedlichen Interessen und Erfahrungen finden Wege, gemeinsam handlungsfähig zu werden, ohne Gewalt, ohne Ausschluss, ohne die Illusion von Einigkeit. Diese Praxis braucht Orte, an denen sie erlebt werden kann. Genau hier wird der Arbeitsraum gesellschaftlich relevant. Er ist einer der wenigen Räume, in denen sehr unterschiedliche Menschen regelmäßig zusammenkommen, Aufgaben teilen, Entscheidungen vorbereiten und Konflikte aushalten müssen, unabhängig davon, ob sie einander ausgesucht hätten. Erwerbsarbeit ist der größte Begegnungs- und Sozialisationsraum: Rund 46 Millionen Beschäf-

Demokratie braucht Erfahrungsräume. Sie lebt davon, dass Menschen Unterschiede aushalten, Interessen sichtbar machen, Verantwortung teilen und Konflikte bearbeiten. Ein gesellschaftlich unterschätzter Ort dafür ist die Arbeitswelt.

niert wird, lernt Schweigen. Und wo Konflikte nicht bearbeitet werden, entstehen Lager, oft lange bevor ein Problem auf der Sachebene gelöst ist.

In Zeiten gesellschaftlicher Polarisierung und multipler Krisen rückt dieser Zusammenhang stärker in den Blick. Denn Arbeitsräume sind nicht nur Orte von Leistung, sondern auch Orte von Beziehung, Status, Anerkennung und Macht, wie in allen anderen Lebensräumen. Sie prägen, wie Menschen auf Unterschiede reagieren: mit Neugier oder Abwehr, mit Dialog oder Abwertung, mit Verantwortung oder Zynismus. Demokratie ist deshalb nicht nur ein politisches System, sondern auch eine Praxis, eine Art, miteinander umzugehen, Unterschiede auszuhalten und Entscheidungen fair zu legitimieren.

Der Arbeitsraum als demokratisches Gelenk

Demokratie ist mehr als eine Staatsform. Sie ist eine kulturelle Praxis:

tigte arbeiten durchschnittlich 34 Wochenstunden über mittlere 40 Jahre.

Der Arbeitsraum wirkt damit wie ein demokratisches Gelenk zwischen Gesellschaft und Alltag. In ihm zeigen sich zentrale Fragen der Demokratie in verdichteter Form: Wer wird gehört? Wie entsteht Legitimität? Wie wird mit Macht umgegangen? Was passiert, wenn Interessen kollidieren? Und welche Rolle spielen Wahrheit, Vertrauen und Verantwortung, wenn schnelle Lösungen fehlen?

Die Konferenz Arbeit + Demokratie von Mehr Demokratie und ZOOM setzt genau an diesem Punkt an. Die Demokratie soll als gesellschaftliche Praxis im Alltag wieder belebt werden und zwar dort, wo sie konkret wird. Im Zentrum steht die Frage, wie demokratische Handlungsfähigkeit unter Differenz gelingt: durch Perspektivenwechsel, Konflikt- und Kompromissfähigkeit, verantwortliche Beteiligung, einen reflektierten Umgang mit Desinformation und ein besseres Verständnis von Macht, Rollen sowie Checks

KONFERENZ ARBEIT + DEMOKRATIE 15.–16.04.2026

Arbeitswelt neu denken: als Resonanz- raum der Demokratie

Evangelische Akademie Frankfurt
Fishbowls • Impulsvorträge •
Workshops • Praxisformate

Programm-Highlights

- Blindspot Arbeitsraum
- Demokratie + Wirtschaft
- Demokratie + Wahrheit



Jetzt anmelden und Ticket sichern!

eveeno.com/konferenz-arbeit-und-demokratie



Infos & Programm

zoon.earth/konferenz

Veranstaltet von Mehr Demokratie e.V.
und ZOON e.V. in Partnerschaft.



and Balances. So wird sichtbar, warum der Arbeitsraum ein gesellschaftlicher Resonanzraum ist, mit Wirkung nach innen und nach außen.

Dass Unternehmen davon profitieren können, ist real. Aber entscheidender ist: Gesellschaft profitiert, wenn demokratische Kultur nicht nur behauptet, sondern geübt und reflektiert wird.

Demokratie wiederbeleben - am richtigen Ort

Demokratie braucht Erfahrungsräume. Sie lebt davon, dass Menschen Unterschiede aushalten, Interessen sichtbar machen, Verantwortung teilen und Konflikte so bearbeiten, dass daraus gemeinsame Handlungsfähigkeit entsteht. Wo diese Praxis fehlt, bleibt Demokratie abstrakt: ein Wert, zu dem sich viele bekennen, der im Alltag jedoch wenig Halt findet.

Ein gesellschaftlich unterschätzter Ort dafür ist die Arbeitswelt. Nicht, weil sie politischer wäre als andere Räume, sondern weil sie regelmäßig, verbindlich und folgenrelevant ist. Hier begegnen sich Menschen, die einander nicht gewählt haben, und müssen dennoch kooperieren. Hier werden Schritte ausgehandelt, die Ressourcen verteilen, Chancen eröffnen oder begrenzen und Zugehörigkeit prägen. Der Arbeitsraum wird so zu einem Resonanzraum: Demokratie zeigt sich nicht als Theorie, sondern als konkrete Beziehungspraxis.

Mit diesem Demokratieverständnis setzen Mehr Demokratie und ZOON gemeinsam an: Mehr Demokratie bringt die Perspektive demokratischer Kultur und Beteiligung als gesellschaftliche Grundbedingung ein und die Frage, wie demokratische Prinzipien im Alltag wieder handlungswirksam werden. ZOON macht diese Prinzipien in erlebnisorientierten Formaten erfahrbar: Situationen werden zuerst erlebt, anschließend gemeinsam reflektiert und schließlich in konkrete ►



Demokratie-Quick-Check: Fünf Fragen an den Alltag

1. Stimme: Gibt es Räume, in denen Widerspruch ohne Abwertung möglich ist?

2. Transparenz: Ist nachvollziehbar, wer was entscheidet - und warum?

3. Fairness: Werden unterschiedliche Perspektiven sichtbar gemacht, bevor entschieden wird?

4. Konflikte: Gibt es Formen, Konflikte zu bearbeiten, statt sie zu verdrängen oder zu personalisieren?

5. Verantwortung: Wird Verantwortung geteilt - oder nur nach oben delegiert?

Alltagsroutinen integriert. Die Module sind so angelegt, dass sie alltagstauglich bleiben und Selbstwirksamkeit stärken. Als Erfahrung, auch unter Unterschiedlichkeit handlungsfähig zu sein, im Arbeitsraum und darüber hinaus in der Gesellschaft.

Im Zentrum der Konferenz steht genau diese Frage: Wie wird Demokratie als Praxis im Arbeitsraum erfahrbar, und warum ist das gesellschaftlich relevant?

Was im Arbeitsraum gelernt wird, prägt Gesellschaft

Wenn Demokratie als Praxis verstanden wird, stellt sich eine naheliegende Frage: Wo wird diese Praxis tatsächlich eingeübt? In der politischen Öffentlichkeit dominieren oft zugespitzte Debatten. In vielen Alltagsräumen fehlen dagegen Formate, in denen Unterschiede konstruktiv bearbeitet werden können. Umso bedeutsamer sind Orte, an denen Menschen regelmäßig miteinander auskommen müssen, obwohl Interessen, Hintergründe und Haltungen auseinanderliegen.

Der Arbeitsraum ist ein solcher Ort, weil sich demokratische Grundfragen in der Arbeitswelt in verdichteter Form zeigen: Wie entstehen legitime Ent-

scheidungen? Wie wird mit Macht umgegangen? Wie wird Widerspruch möglich, ohne dass Zusammenarbeit zerbricht? Wie lässt sich Unsicherheit aushalten, ohne in Abwertung oder einfache Feindbilder zu kippen? In erfahrungsbasierten Formaten wird diese Praxis sichtbar gemacht und geübt. Nicht als moralischer Appell, sondern als konkrete Handlungs- und Beziehungskompetenz.

Die Wirkung bleibt dabei nicht im Unternehmen. Was Menschen regelmäßig erleben, prägt ihre Erwartungen an Zusammenarbeit, an Konflikte, an Fairness, an Teilhabe. Wer in einem Umfeld arbeitet, in dem die eigene Stimme zählt, in dem Widerspruch produktiv wird und Konflikte bearbeitbar bleiben, entwickelt immer mehr Vertrauen in die Möglichkeit gemeinsamer Lösungen. Umgekehrt verfestigen sich Rückzug und Polarisierung dort, wo Ohnmacht zur Routine wird. Diese Übertragung in den gesellschaftlichen

Raum wird oft als *Spillover* beschrieben: Demokratie wird nicht nur gedacht, sondern erlebt, und dieses Erleben verändert das Handeln auch außerhalb der Arbeitswelt.

So wird der Arbeitsraum zu einem Ort demokratischer Aktivierung: nicht als Ersatz für Politik, sondern als Trainingsfeld für die kulturelle Substanz, von der Demokratie lebt.

Demokratie braucht Übung - und Formate

Demokratische Kultur entsteht nicht automatisch. Sie braucht Gelegenheiten, in denen Menschen lernen, Unterschiede auszuhalten, ohne sie zu eskalieren, und Entscheidungen zu legitimieren, ohne sie autoritär zu setzen. Im Alltag fehlt dafür häufig die Struktur: Diskussionen werden zu schnell moralisch, Konflikte zu schnell persönlich, Entscheidungen zu schnell in den Modus alternativlos verschoben. Genau hier beginnt demokratische Praxis, nicht als große Geste, sondern als wiederholbare Mikrohandlung.

Der erste Schritt ist oft unspektakulär: Räume schaffen, in denen widersprochen werden kann, ohne dass Zugehörigkeit auf dem Spiel steht. Ein zweiter Schritt ist Transparenz: Wer entscheidet was nach welchen Kriterien und wie wird Verantwortung

Der Arbeitsraum ist kein Ersatz für demokratische Aktivierung, sondern ein Trainingsfeld für die kulturelle Substanz, von der Demokratie lebt.

verteilt? Der dritte Schritt ist der Umgang mit Konflikten: Nicht, ob Konflikte entstehen, ist entscheidend, sondern ob es Formen gibt, sie zu bearbeiten, bevor sie in Lager, Rückzug oder Zynismus kippen. Dazu gehören einfache Routinen: die Trennung von Sache und Beziehung, das Sichtbarmachen von

Der demokratische Spillover-Effekt: Wenn Arbeit in Gesellschaft hineinwirkt

Die Idee ist alt und aktueller denn je: Demokratische Erfahrung in einem Lebensbereich kann auf andere Bereiche übertragen werden. In der Demokratieforschung wird dieser Zusammenhang als Spillover-Effekt beschrieben. Ausgangspunkt war Carole Pateman, die argumentiert, dass Organisationen Schulen der Demokratie sein können.

Die empirische Forschung greift diesen Gedanken auf und untersucht, ob Partizipation und demokratische Arrangements im Arbeitskontext mit mehr politischer beziehungsweise zivilgesellschaftlicher Beteiligung zusammenhängen. Studien und neuere Überblicksarbeiten berichten Zusammenhänge etwa mit demokratischem Engagement, wie Wahlbeteiligung oder größeres Vertrauen in demokratische Institutionen - bei gleichzeitigen methodischen Herausforderungen (Messung, Kausalität).

Warum das plausibel ist (drei Mechanismen):

- **Selbstwirksamkeit:** „Meine Stimme zählt“ wird zur Erfahrung, nicht zur Parole.
- **Demokratie-Skills:** Zuhören, Widerspruch und Aushandlung werden wiederholbar zur Praxis.
- **Normen und Vertrauen:** Konflikte werden bearbeitbar, Unterschiede bleiben anschlussfähig.

In der Konferenzlogik ist dieser Spillover-Effekt zentral: Demokratie wird im Arbeitsraum als gesellschaftlichem Resonanzraum praktisch erfahrbar gemacht - mit einer Gesamtwirkung in der Gesellschaft.

Interessen, das Anerkennen von Unsicherheit und das Vereinbaren nächster Schritte.

Mehr Demokratie und ZÖÖN setzen darauf, solche Routinen nicht nur zu beschreiben, sondern erfahrbar zu machen. Formate, in denen Menschen rollenbasiert, dialogisch oder spielerisch Situationen durchlaufen, erzeugen eine andere Art von Erkenntnis. Sie zeigen, was Demokratie im Kern ist: eine Praxis des Miteinanders, die Handlungsfähigkeit unter Differenz ermöglicht.

Die Konferenz Arbeit + Demokratie ist als Erfahrungs- und Diskursraum angelegt, mit Fishbowls, Workshops und Praxisformaten, die diese demokratische Übung sichtbar machen. Wir freuen uns auf rege Teilnahme. /

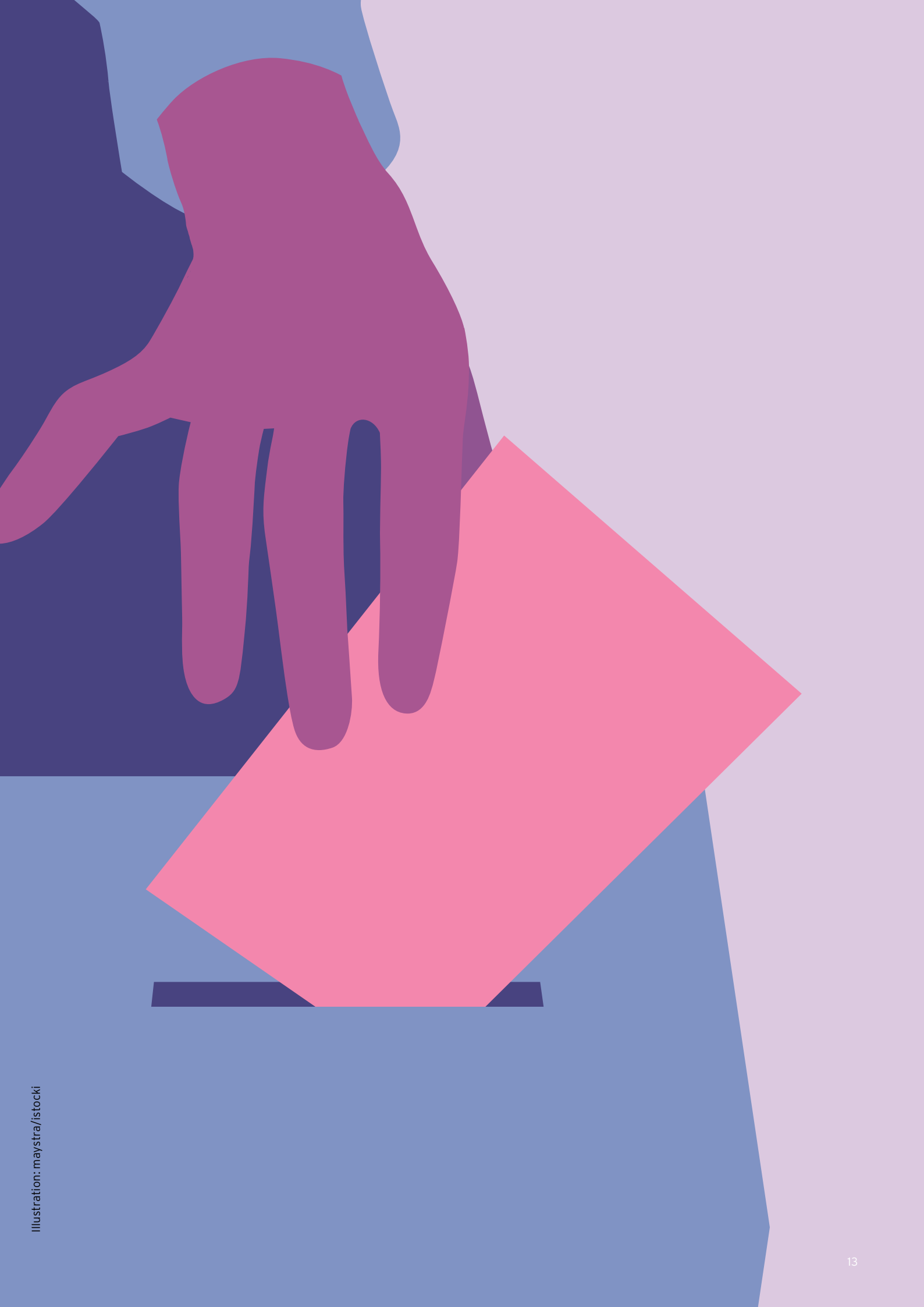


Maria Lang ist Mitgründerin von ZÖÖN e.V. und arbeitet als Organisationsentwicklerin und Kommunikationsstrategin. Sie interessiert, wie Arbeitsräume zu demokratischen Lernorten werden können, gerade weil wir dort täglich Entscheidungen, Konflikte und Verantwortung miteinander aushandeln.

Wem gehört das Wahlrecht?

Das Wahlrecht bestimmt, wie politische Macht verteilt wird. Und doch wird es meist hinter verschlossenen Türen reformiert. Dabei betrifft es uns alle. Ob Bundestagswahl, Sperrklausel oder faire Bedingungen für kleinere Parteien: Drei aktuelle Baustellen zeigen, warum die Regeln unserer Demokratie nicht allein von den Regierenden festgelegt werden sollten, sondern endlich selbst demokratischer werden müssen.

von Ralf-Uwe Beck, Christian König und Martin Truckenbrodt



Baustelle 1: Wahlrechtsreformen hinter verschlossenen Türen

Es gab einmal eine Verabredung: Wahlrechtsreformen werden parteiübergreifend diskutiert und im Konsens verabredet. Sonst könnte der regierenden Mehrheit unterstellt werden, sie würde Regeln festlegen, die ihr bei den nächsten Wahlen zugutekommen. Jetzt steht die nächste Reform des Bundestagswahlrechts ins Hohe Haus, die fünfte in 15

Jahren. Wie bei den beiden Vorgängerregierungen wird wohl auch dieses Mal die einstige Konsens-Kultur unterlaufen. Die Ampel-Koalition hatte noch eine öffentlich tagende Experten-Kommission eingesetzt. Union und SPD gehen die jetzige Reform zwar auch mit einer Kommission an. Sie ist aber nur

mit eigenen Leuten besetzt. Die Opposition bleibt außen vor, die Bürgerinnen und Bürger sowieso. Die Regierenden legen fest, wie sie gewählt werden wollen. Jedenfalls setzen sie sich unweigerlich diesem Verdacht aus. Dabei sollten die Wählerinnen und Wähler mitreden, wie ihre politische Vertretung bestimmt wird. Das geht uns etwas an: der Bundestag, die Wahlen, das Wahlrecht.

Mehr Demokratie hat Forderungen zur Reform vorgelegt. Als Premiümlösung werden Mehrmandatswahlkreise vorgeschlagen, wie sie bereits in zwei Drittel aller EU-Länder üblich sind. Das Modell: Es gibt nicht mehr 299, sondern nur noch 100 Wahlkreise, in denen nicht nur eine Person, sondern vier bis sieben Kandidatinnen und Kandidaten gewählt werden, insgesamt 500. Die verbleibenden 100 Mandate werden über die Listen der Parteien vergeben. Jede Partei erhält so viele Parlamentssitze, wie ihr nach der Ge-

Wählerinnen und Wähler sollten mitreden, wie ihre politische Vertretung bestimmt wird. Das geht uns alle etwas an.

samtzahl ihrer Stimmen zustehen. So lässt sich einlösen, was zu klären ist: Es gibt keine Überhang- und Ausgleichsmandate und keine verwaisten Wahlkreise.

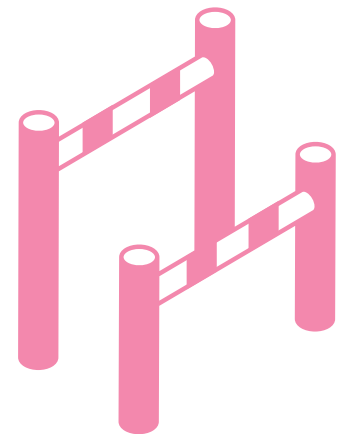
Ein weiterer Vorschlag ist die Absenkung der Fünf-Prozent-Hürde auf drei Prozent. Eine Proteststimme würde es Menschen ermöglichen, ihre Ablehnung auszudrücken, ohne eine extreme Partei wählen zu müssen. Und die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre auch bei Bundestagswahlen ist überfällig, zumal immer mehr Bundesländer das Wahlalter für Kommunal- und Landtagswahlen absenken.

Wir haben die Kommission mit den Vorschlägen für ein modernes Wahlrecht versorgt. Gäbe es eine Einsicht, sich zu öffnen, wäre hier tatsächlich einmal ein losbasierter Bürgerrat ratsam. Er könnte den Bundestag ermutigen, über die eigenen Aufrechnungen hinauszuwachsen, könnte ein moderneres Wahlrecht anstoßen, das der Wählerschaft mehr Einfluss auf die Zusammensetzung des Parlamentes zugesteht. Gäbe es die Stabsstelle für Bürgerräte beim Bundestag noch, ließe sich das angehen. Aber so bleibt Mehr Demokratie nur, beharrlich vorzuschlagen, wie eine moderne Wahlrechtsreform aussieht.

Baustelle 2: Runter mit der Hürde in Sachsen-Anhalt

Durch die Fünf-Prozent-Hürde fallen bei jeder Wahl Stimmen unter den Tisch. In Sachsen-Anhalt wären es bei der nächsten Landtagswahl laut aktueller Prognose zehn Prozent der Stimmen. 2011 waren es mehr als 15 Prozent. Der Gleichheitsgrundsatz bei Wahlen wird so in Frage gestellt. Die Hürde wird damit gerechtfertigt, dass sie die Arbeitsfähigkeit der Parlamente und die Bildung von Regierungen sichere. So scheint sie die heilige Kuh des Wahlrechts zu sein.

Drohen aber mit einer Drei-Prozent-Hürde sogenannte Weimarer Verhältnisse? Mitnichten. Teilweise ist sogar das Gegenteil der Fall. 2024 führte die Fünf-Prozent-Hürde bei der Landtagswahl in Brandenburg dazu, dass es nur eine Regierungsoption gab und eine autoritär-populistische Partei eine Sperrminorität erhielt. Parlamentsarbeit und Regierungsbildung wurden erschwert. Bei einer Drei-Prozent-Hürde wäre das anders gewesen. Ähnliche Probleme drohen in Sachsen-Anhalt. Die bisherige Rechtfertigung greift hier nicht mehr.



Mehr Demokratie schlägt vor, die Sperrklausel auf drei Prozent zu senken. Im Oktober 2025 übergaben wir deshalb dem Landtag von Sachsen-Anhalt einen Aufruf mit 6.926 Unterschriften. Von den Fraktionen erhielten wir vor allem eine Antwort: Ein Jahr vor der Wahl könne man das Wahlrecht nicht mehr ändern. Das sehen wir anders. Ja, es gibt eine solche Empfehlung von der Venedig-Kommission. Sie betrifft aber nur die Organisation und Vorbereitung von Wahlen. Die Absenkung der Sperrklausel ist dafür irrelevant. So lautete auch ein Urteil des Hamburger Verfassungsgerichts (HVerfG 4/15). Unsere Petition wird derzeit behandelt. Sollte die Hürde nicht mehr gesenkt werden, wird Mehr Demokratie die Forderung zu Beginn der neuen Wahlperiode erneuern.

Baustelle 3: Die Ungleichbehandlung von Parteien

Gemäß Parteiengesetz besitzen alle Parteien, die in den zurückliegenden sechs Jahren an einer Bundestags- oder Landtagswahl teilgenommen haben, die Rechtsstellung als Partei. Das Gesetz legt weiterhin fest, dass Parteien, die bei einer Europa- oder Bundestagswahl wenigstens 0,5 oder bei einer Landtagswahl wenigstens 1 Prozent der Zweitstimmen erzielt haben, an der staatlichen Parteifinanzierung partizipieren.

Parteien wie die ÖDP erfüllen diese Kriterien - und werden dennoch anders behandelt als größere Parteien. So muss die ÖDP jedes Mal Unterschriften sammeln, damit sie zu Landtags- und Bundestagswahlen und - obwohl sie seit

2014 im EU-Parlament sitzt - zu Europawahlen antreten darf. Dabei darf jeder Wahlberechtigte vor einer Wahl nur eine Partei unterstützen. In Thüringen muss man bei Kommunalwahlen bisweilen sogar ins Rathaus, um zu unterschreiben.

Durch die Fünf-Prozent-Hürde fallen bei jeder Wahl Stimmen unter den Tisch. In Sachsen-Anhalt werden zehn Prozent prognostiziert.

Die Regelungen zur Befreiung von der Sammlung von Unterstützungsunterschriften sind unlogisch. Es sollte Folgendes ausreichend sein: Wurde ein Landesverband einer Partei bereits zur vorherigen Landtagswahl mit einer Landesliste zugelassen, so ist er von der Pflicht zur Sammlung der Unterstützungsunterschriften befreit. Gleiches gilt entsprechend für Landeslisten zur Bundestagswahl und für Bundeslisten zur Europawahl. Zu Kommunalwahlen befreit die Zulassung der Landesliste zur letzten Landtagswahl oder die zur letzten Kommunalwahl im Wahlgebiet. Das schafft Fairness, ist für alle nachvollziehbar und baut Bürokratie ab. /



Das gesamte, vom Arbeitskreis Wahlrecht erarbeitete Reformpapier findet sich auf unserer Website.

► www.mehr-demokratie.de/mehr-wissen/standard-titel/unsere-wahlrechts-positionen



Ralf-Uwe Beck
ist Bundesvorstandssprecher von Mehr Demokratie.



Christian König
koordiniert für Mehr Demokratie die ostdeutschen Landesverbände.



Martin Truckenbrodt
ist Mitglied bei Mehr Demokratie und Landesvorsitzender der ÖDP in Thüringen.

Junge Menschen für Politik begeistern

Kaum mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten ging 2022 in Nordrhein-Westfalen zur Landtagswahl. Vor allem junge Menschen verzichteten zahlreich auf ihr Wahlrecht. Für unseren Landesverband in NRW ein Grund, aktiv zu werden: Im Rahmen eines landesweiten Schulwettbewerbs zur Kommunalwahl 2025 entwickelten über 1.200 Schülerinnen und Schüler eigene kreative Kampagnen - und begeisterten so Gleichaltrige fürs Wählen.

von Achim Wölfel





Huch - ein Demokratie-Schulwettbewerb? Als bei der Landtagswahl 2022 nur etwas mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten ihre Stimme abgaben, markierte das einen historischen Tiefstwert in Nordrhein-Westfalen: 55,5 Prozent Wahlbeteiligung! Besonders viele junge Menschen blieben der Wahl fern. Im Kölner Büro von Mehr Demokratie wurde die niedrige Wahlbeteiligung als Warnsignal verstanden: Da stimmt etwas nicht. Zwar gibt es vielfältige Gründe, warum Menschen nicht zur Wahl gehen - selbst das Wetter am Wahlsonntag kann eine Rolle spielen - aber eine sinkende Wahlbeteiligung in diesem Ausmaß sollte uns zu denken geben. Die Frage war also, was kann unser Verein tun, um wieder mehr Menschen zum Wählen zu motivieren?

So entstand die Idee für den ersten NRW-weiten Schulwettbewerb von Mehr Demokratie. Anlässlich der Europawahl 2024 führten wir diesen im Rahmen eines Pilotprojekts mit fünf Schulen durch. Ziel des Wettbewerbs war es, junge Menschen über die anstehende Wahl zu informieren und zum Wählen zu motivieren. Und weil das ziemlich gut funktionierte, ging der Demokratie-Schulwettbewerb zur NRW-Kommunalwahl 2025 gleich in die zweite Runde, dieses Mal aber nicht mit fünf, sondern mit 50 teilnehmenden Schulen sowie über 1.200 Schülerinnen und Schülern. Gefördert wur-

de der Wettbewerb durch die Deutsche Postcode Lotterie. Auch für politische Anbindung war gesorgt, denn für die Schirmherrschaft konnten wir den NRW-Landtagspräsidenten André Kuper gewinnen.

Wie war der Wettbewerb gestaltet?

Am 14. September 2025 wurden in ganz Nordrhein-Westfalen neue Stadt- und Gemeinderäte, Kreistage sowie Bürgermeisterinnen und Bürgermeister gewählt. Diesen Anlass wollten wir nutzen, um auf die Wahl aufmerksam zu ma-

Die niedrige Wahlbeteiligung 2022 markierte einen historischen Tiefstwert in NRW. Für unser Kölner Büro ein Warnsignal: Da stimmt etwas nicht.

chen und gerade junge Menschen ans Wählen heranzuführen. Bei der Kommunalwahl durfte bereits mit 16 Jahren gewählt werden und die Forschung ist in dieser Hinsicht sehr klar: Wer früh anfängt, sich bei einer Wahl oder Ab- ▶

stimmung politisch zu beteiligen, der oder die wird dies mit hoher Wahrscheinlichkeit auch wieder tun. Die Zielgruppe des Wettbewerbs waren deshalb Jugendliche und junge Erwachsene im Alter zwischen 16 und 20 Jahren, für die die Kommunalwahl überwiegend die erste Wahl darstellte, bei der sie wahlbeteiligt waren. Am Wettbewerb nahmen Gymnasien, Berufskollegs und Gesamtschulen aus allen Landesteilen Nordrhein-Westfalens teil.

Nicht wir wollten den Schülerinnen und Schülern erklären, worum es geht und warum Wählen wichtig ist, sondern die Teilnehmenden taten dies selbst.

Rund zwei Monate vor der Wahl führten wir an allen teilnehmenden Schulen jeweils eintägige Workshops zur Kommunalwahl durch. Diese informierten einerseits über die Kommunalwahl und bereiteten andererseits auf den folgenden

spielerischen Wettbewerb zwischen den Schulen vor. Da der hiesige Lehrplan keine Beschäftigung mit der Kommunalwahl verpflichtend vorgibt, entwickelten wir für die Workshops extra Unterrichtsmaterial und bildeten Workshopleitende aus, die an die Schulen gingen. Das Unterrichtsmaterial umfasste verschiedene Formate: vom lockeren Quiz über selbstständige Recherchen zur kommunalen politischen Landschaft bis hin zu einer Simulation der Stimmabgabe im Wahllokal.

Für die Schülerinnen und Schüler ging es nach dem Workshop nun darum, bis zur Kommunalwahl ihre eigenen Wettbewerbsbeiträge zu gestalten. Die Aufgabenstellung lautete, an der eigenen Schule und in deren Umfeld möglichst viele andere junge Menschen über die anstehende Wahl zu informieren und zum Wählen zu motivieren. Wichtig war uns, dass in dieser Phase des Wettbewerbs, quasi dessen Herzstück, der Peer-to-Peer-Ansatz zum Tragen kommt. Nicht wir wollten den Schülerinnen und Schülern erklären, worum es geht und warum Wählen wichtig ist, sondern die Teilnehmenden taten dies selbst und entfalten so Selbstwirksamkeit.





Der Fantasie waren bei der Ausarbeitung der Wettbewerbsbeiträge keine Grenzen gesetzt. So wurden etwa TikTok- und Instagram-Accounts bespielt, Interviews mit Kandidatinnen und Kandidaten für das Bürgermeisteramt geführt, Podiumsdiskussionen in der Schulaula veranstaltet oder zum Wählen gehen motivierende Muffins gebacken. Selbst ein Computerspiel wurde programmiert, mit dem der Arbeitsalltag eines Bürgermeisters oder einer Bürgermeisterin simuliert werden kann.

Dieses Element hat den Schulwettbewerb von Mehr Demokratie so besonders gemacht: Die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler wurden genau dort abgeholt, wo sie sich mit ihren Fähigkeiten, Talenten und auch zeitlichen Ressourcen zum Zeitpunkt der Wettbewerbsteilnahme befanden und konnten ihre Beiträge entsprechend gestalten.

Den feierlichen Abschluss und für viele der Teilnehmenden sicherlich auch den Höhepunkt des Wettbewerbs bildete die große Abschlussveranstaltung samt Preisverleihung in der Duisburger Philharmonie. Dort spielte die Bigband einer der Wettbewerbsschulen, eine prominente Jury überreichte unterhaltsam und sehr wertschätzend die Preise für die fünf Gewinnerklassen. Schließlich stellten sich bei einem sogenannten Markt der Möglichkeiten eine Vielzahl an Ver-

einen und Organisationen vor, die politische Angebote für junge Menschen machen, beispielsweise die Landeszentrale für politische Bildung und der WDR.

Wie geht es nun weiter?

Für die Gewinnerklassen des Wettbewerbs geht es schon bald für zwei Tage nach Berlin, ins Phantasialand oder auf Konzerte ihrer Wahl. Für Mehr Demokratie geht es schon bald in die dritte Runde des Schulwettbewerbs. Denn anlässlich der NRW-Landtagswahl im Frühjahr 2027 werden wir erneut einen Demokratie-Schulwettbewerb durchführen. Stay tuned! /



Weiterführende Informationen zum Wettbewerb finden Sie hier:
 ► www.demokratie-schulwettbewerb.de



Achim Wölfel ist Landesgeschäftsführer des Landesverbands NRW von Mehr Demokratie und Projektleiter des Schulwettbewerbs.



Zwei Wege. Zwei Welten. Eine Entscheidung.

Menschen suchen in Krisenzeiten oft Schutz in äußeren Autoritäten. Dabei überlebt politische Freiheit nur durch Beteiligung. Wie wir dem Drang nach einer vermeintlichen Sicherheit in der Autorität widerstehen können.

Kolumne von Anselm Renn



Stell dir vor, du sitzt in einem Krisen-Meeting. Die Lage ist ernst und unübersichtlich. Die Frage steht im Raum: Wie machen wir weiter? Dann meldet sich jemand zu Wort. Die Stimme ist ruhig, bestimmt, klar. „Ich weiß, was jetzt zu tun ist“, sagt sie. „Folgt mir.“ Und für einen Moment fühlt es sich gut an. Entlastend. Die Richtung ist da, du musst nicht alles selbst durchdenken. Kein Streit, keine Unsicherheit. Nur zuhören und mitgehen. Spürst du es?

Doch es könnte auch anders laufen. Das Krisen-Meeting wird zu einem offenen Austausch. Jede und jeder

bringt Ideen ein. Vielleicht ist es nicht sofort geordnet, nicht eindeutig, aber es bewegt sich. Gedanken ergänzen sich, neue Perspektiven entstehen. Es ist nicht einfacher, aber lebendiger. Und langsam formt sich ein kluger Weg, den viele mittragen. Weil er nicht von oben kommt, sondern von innen.

Es scheint fast ein Gesetz zu sein, das sich in Krisensituationen zeigt: zwei grundlegende Haltungen. Die eine sucht Halt in Ordnung, Führung, Sicherheit. Die andere setzt auf Beteiligung, Verantwortung und gegenseitiges Zuhören. Beide Wege gibt es

schon ewig. Und jeder von uns kennt beide, manchmal sogar gleichzeitig. Aber in Momenten der Entscheidung, in Zeiten von Veränderung, stellt sich uns eine Frage: Was braucht es jetzt mehr? Was stärkt uns als Gesellschaft wirklich, nicht nur für den Moment, sondern für die Überwindung der Krise(n)?

Sparta und Athen

Um zu verstehen, wie tief diese beiden Haltungen in unserer Geschichte verwurzelt sind, lohnt ein Blick zurück. ►

Vor über 2.500 Jahren standen zwei Städte sinnbildlich für zwei völlig unterschiedliche politische Logiken: Sparta und Athen.

Sparta war die Stadt des Gehorsams, der Wehrhaftigkeit, der totalen Organisation. Alles war auf Sicherheit ausgerichtet, auf Verteidigung, auf Disziplin, auf Sieg. Selbst im Frieden trainierten die Spartaner für den Krieg. Die Welt galt als feindlich, und der Staat musste seine Bürgerinnen und Bürger darauf vorbereiten. Alles wurde der Logik der Macht untergeordnet.

Athen war anders. Auch hier konnte man Krieg, und doch machten die Athener eine revolutionäre Entdeckung: Sie sahen das Politische nicht als Herrschaftsform, sondern als Raum der Freiheit. Sie begannen, sich selbst zu regieren, nicht durch Perfektion, sondern durch Beteiligung.

Natürlich war diese Freiheit exklusiv. Frauen, Sklaven und Fremde waren ausgeschlossen, der Freiheitsraum war ein Privileg weniger. Und doch lag in dieser Erfahrung etwas Neues: die Idee, dass Menschen gemeinsam über ihr Zusammenleben entscheiden können - vernünftig und nachhaltig. Diese Unterscheidung begegnet uns immer wieder in der Geschichte. Sehr deutlich in zwei gegensätzlichen Denkerinnen und Denker, die das 20. Jahrhundert geprägt haben wie kaum andere: Carl Schmitt und Hannah Arendt.

Der Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet

Schmitt war Staatsrechtler und Vordenker autoritärer Systeme. Seine zentrale Frage lautete: Wer entscheidet? Und seine Antwort war prägnant und gefährlich: Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet.



„Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet.“

Carl Schmitt

Das Wesen der Politik sei die Unterscheidung zwischen Freund und Feind - gehörst du dazu oder nicht? Für Schmitt ist Politik kein Raum des Gesprächs, keine Praxis der Verständigung. Politik bedeutet Gehorsam, Durchsetzung, Macht.

Was historisch klingt, ist heute wieder aktuell. Die New York Times schreibt, dass man erst mit Carl Schmitt die MAGA-Bewegung verstehen kann. Trump und seine Strategen inszenieren einen quasi-permanenten Ausnahmezustand, in dem Gerichte, Medien und politische Gegner als „Feinde“ des Volkes gelten. Demokratische Institutionen werden systematisch attackiert. Dieser Freund-Feind-Dualismus rechtfertigt autoritäres Durchgreifen - etwa als sogenannter Endkampf gegen das Establishment.

AfD-Politiker wie Maximilian Krah nennen Schmitt offen einen wichtigen Staatsphilosophen. In Ungarn lobt Donald Tusk die Politik von Viktor Orbán mit bitterem Sarkasmus als „schmittianisch“. Schmitts Denken taucht überall dort auf, wo politische Macht über demokratische Verfahren gestellt wird - mal als Rechtfertigung, mal als Strategie: Politik heißt Macht, Recht ist biegsam, Demokratie ist ein Luxus.

Warum wir im Ausnahmezustand Autorität suchen

Wenn Menschen sich bedroht fühlen, in Krisen, Kriegen oder Momenten der Orientierungslosigkeit, verändert sich auch ihr politisches Empfinden. Studien aus Psychologie und Politikwissenschaft zeigen: Unsicherheit und Kontrollverlust verstärken das Bedürfnis nach Ordnung und Führung. Wer die Welt als gefährlich erlebt, sehnt sich nach klaren Regeln, starken Ansagen und einfachen Unterscheidungen.

Dieses Muster ist tief im Menschen verankert: In Bedrohungssituationen aktivieren wir instinktiv Mechanismen, die Sicherheit über Freiheit stellen. Die Sozialpsychologie spricht hier von *Compensatory Control*: Wenn die innere Kontrolle brüchig wird, suchen wir Halt in äußeren Autoritäten. Politisch führt das zu mehr Gehorsam, weniger Widerspruch sowie größerer Akzeptanz autoritärer Maßnahmen.

So erklärt sich, warum Schmitts Denken in Krisenzeiten wieder Resonanz findet. Es spricht ein altes Sicher-



Studie zum Bedürfnis nach Ordnung und Führung von 2023 mit Bezug zur Corona-Pandemie

► www.nature.com/articles/s41598-023-44713-3



Studie zum Thema von 2025:

► onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/jopy.13026



heitsbedürfnis an und übersetzt Angst in Ordnung. Doch hier entscheidet sich, ob Demokratie überlebt: Geben wir uns der Kontrolle hin oder lernen wir, Unsicherheit gemeinsam auszuhalten?

Der Sinn von Politik ist Freiheit

Hannah Arendt widerspricht Schmitt radikal. In ihrem Werk *Vita activa* oder *Vom tätigen Leben* schreibt sie: „Der Sinn von Politik ist Freiheit.“ Nicht Sicherheit, nicht Kontrolle, sondern Freiheit. Und damit meint sie nicht, dass jeder tut, was er will. Sie meint den Raum, in dem Menschen sichtbar werden, in dem sie handeln, in dem sie sprechen, in dem sie etwas beginnen, das vorher nicht da war. Politik ist für Arendt kein Regelwerk, sie ist eine Bühne. Wer handelt, betritt diese Bühne. Wer spricht, zeigt sich. Wer handelt, verändert die Welt.

Dieser Raum der Freiheit gründet auf drei Bedingungen

- Erstens auf Pluralität - der Tatsache, dass wir viele sind, verschiedenen, widersprüchlich, und dass genau das die Voraussetzung von Politik ist.
- Zweitens auf Individualität - dass jeder Mensch anders ist, konkret und einzigartig, und darum Sprache, Auseinandersetzung und Rede braucht.
- Und drittens auf Natalität - die Fähigkeit, neu zu beginnen. Arendt nennt es das „Anfangen-Können“: dass jeder Mensch auch etwas Neues hervorbringen kann; dass Geschichte nicht vorbestimmt ist und die Zukunft offenbleibt.

Doch dieser Raum ist zerbrechlich. Arendt schreibt: Der Raum des Politischen

„Der Sinn von Politik ist Freiheit.“

Hannah Arendt

verschwindet, wenn das Handeln aufhört. Auch wenn Parlamente weiter tagen, Verfassungen weiter gelten und Pressekonferenzen stattfinden, ohne politisches Handeln, ohne Beteiligung, ohne Urteilskraft ist der Raum leer.

Und genau das erleben wir heute. Wir haben demokratische Formen, aber zu wenig Inhalt. Wir wählen, aber entscheiden nicht. Wir reden, aber urteilen nicht. Wir werden regiert, aber gestalten nicht mit. Der Raum steht leer.

Die Antwort lautet: Partizipation

Was also tun? Die Antwort lautet: Partizipation. Nicht als Mitmachoption, sondern als demokratische Praxis. Die Athener wussten das. Sie verlorsten öffentliche Ämter. Nicht weil sie naiv waren, sondern weil sie glaubten: Nur wer Verantwortung trägt, lernt zu urteilen. Nur wenn alle beteiligt sind, bleibt Macht in der Mitte der Gesellschaft. Wer Beteiligung verweigert, erzeugt Herrschaft. Wer sie ermöglicht, schützt die Freiheit.

Deshalb braucht es heute einen demokratischen Umbau, nicht nur strukturell, sondern kulturell. Wir benötigen Bürgerräte mit echter Ent-

scheidungsmacht, politische Bildung, die Urteilskraft trainiert, Beteiligungsformate, die vor der Entscheidung beginnen, und Losverfahren, die neue Stimmen hörbar machen. Vor allem aber brauchen wir eine neue Sprache für Politik, die Verantwortung nicht delegiert, sondern verteilt.

Denn eines ist klar: Ein politisches System, das auf Kontrolle basiert, führt unweigerlich zur Entleerung der Demokratie. Aber ein Gemeinwesen, das auf Beteiligung setzt, schafft Räume der Freiheit. Diese Räume entstehen nicht automatisch, sie müssen betreten werden. Nicht später - jetzt.

Der Raum des Politischen ist nicht verschwunden. Er ist da, wo Menschen sich weigern, nur zu gehorchen, wo sie sprechen, wo sie handeln, wo sie gemeinsam entscheiden. Die Frage stellt sich täglich: Folgen wir einer Stimme - oder schaffen wir Räume, in denen jede und jeder zur Stimme werden kann? /



Diese Kolumne ist Teil einer Reihe, die regelmäßig auf dem **Campact-Blog** erscheint. Dort schreiben das **Team von Campact** sowie **Gast-Autorinnen und -Autoren über Hintergründe und Einsichten zu progressiver Politik. So auch unser Kollege Anselm Renn.**
 ► www.campact.de/blog/2025/10/partizipation-politik-demokratie-statt-autoritaet/



Anselm Renn ist Kommunikations- und Politikwissenschaftler und Teil unseres Bundesvorstands.

Bürgerräte 2025: Vom Projekt zur demokratischen Struktur



Bürgerräte sind in Deutschland angekommen. Doch wie können sie dauerhaft unsere Demokratie zum Positiven verändern? Zwischen kommunaler Praxis, politischer Lagerbildung und dem Ruf nach verbindlichen Strukturen steht 2025 für einen Wendepunkt: Jetzt entscheidet sich, ob Bürgerräte Ausnahme bleiben - oder zum festen Bestandteil demokratischer Kultur werden. Unser Jahresrückblick.

von **Florian Wiczorek**

Es war viel los: 2025 starteten in Deutschland etwa 50 Bürgerräte mit insgesamt rund 3.300 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Neben dem weiterhin hohen Aktivitätsniveau in den Kommunen verzeichnete insbesondere die Landesebene mit 15 endenden, laufenden oder geplanten Verfahren ein Rekordniveau. Auf Bundesebene hingegen war abgesehen von der zivilgesellschaftlichen Bürgerdebatte gerechte Steuern und Finanzen keine Losbeteiligung zu beobachten.

Was steckt hinter den Zahlen?

Einen wichtigen, qualitativen Einblick bietet der Bürgerrat zur Bördehalle in Welver. Die Vor- und Nachherbefragung in Bürgerrat und Gemeinde zeigt, dass Bürgerräte das Politikvertrauen in der Gesellschaft stärken können. Tatsächlich erreicht der neu eingerichtete Bürgerrat in der Gemeinde höhere Vertrauenswerte als der Stadtrat. Die-

ser Effekt ist also durch Kommunikation über die Teilnehmenden des Bürgerrats hinaus skalierbar: Wenn Menschen wissen, wie der Bürgerrat funktioniert und verstehen, dass dort Menschen wie sie selbst mitarbeiten, entwickeln sie Vertrauen.

Bürgerräte steigern ebenfalls die gefühlte politische Selbstwirksamkeit. Allerdings - auch das zeigt der Fall Welver - gilt dies nur für die unmittelbar Teilnehmenden. Damit Bürgerinnen und Bürger das Gefühl haben, direkt oder indirekt auf Politik einwirken zu können, müssen sie selbst eine positive politische Erfahrung machen. Das gilt wenig überraschend auch für Bürgerräte.

Diese Effekte zeigen das Potenzial. Wie wir uns dieses Potenzial systematisch zunutze machen können, zeigt vor allem Baden-Württemberg. So verzeichnet der Demokratie-Monitor der Universität Hohenheim eine relativ hohe Zufriedenheit der Menschen in Baden-Württemberg mit dem Funk-

tionieren der Demokratie. Ein Grund dafür dürfte die systematische Förderung guter Beteiligung sein. So zeigt etwa die Landesregierung bei der neuen Gesetzgebung im Bildungsbereich und Nichtraucherschutz, wie man frühe Beteiligung und Gesetzgebung integrieren kann. Außerdem werden die Kommunen bei der Planung und Durchführung der Verfahren aktiv gefördert und begleitet. Entsprechend ist Baden-Württemberg im Beobachtungszeitraum 2010 bis 2025 nun das Bundesland mit den meisten Fällen von Losbeteiligung.

Skalierung und Einbettung

Das Beispiel Baden-Württemberg zeigt: Die Effekte einzelner Bürgerräte lassen sich systematisch auf verschiedenen politischen Ebenen skalieren. Wobei sich die verschiedenen Ebenen ergänzen: Kommunale Bürgerräte schaffen individuelle Erfahrungen und Verständnis für das Format in der Brei- ▶



Wie Bürgerräte insgesamt wirken, hängt davon ab, wie wir sie weiter nutzen.

te, während Bürgerräte auf Landes- und Bundesebene deren Bedeutsamkeit unterstreichen können.

Natürlich ist Baden-Württemberg nicht allein. Auch in den neuen Bundesländern steigen die Fallzahlen. Außerdem haben zuletzt die Grünen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen Entwürfe für Rahmengesetze für Bürgerräte eingebracht. Das ist einerseits naheliegend. Der politische Vertrauensverlust und der Aufwind für die AfD sind gerade in Ostdeutschland stark. Gleichzeitig ist angesichts der parlamentarischen Mehrheiten fraglich, ob diese Gesetzesinitiativen tatsächlich beschlossen und in Kraft treten werden. Auch bei diesem Demokratiethema zeigt sich eine verstärkte politische Lagerbildung auf Landes- und Bundesebene: links-grün für Bürgerräte, rechts-konservativ dagegen.

In Anbetracht der anfangs genannten Zahlen bleibt dennoch festzuhalten: Wir stehen bei der Ausweitung noch am Anfang. Im Vergleich zu den

institutionalisierten Verfahren der direkten Demokratie in Deutschland ist die Anzahl der Bürgerräte und der dadurch beteiligten Menschen überschaubar. Auch dass die aktuelle Welle von projektartigen Einmal-Bürgerräten nicht ewig anhalten wird, ist abzusehen. Vielmehr ist zu befürchten, dass die klammen Kassen der Gemeinden, ein abnehmendes Förderpotenzial für das vielfach erprobte Format Bürgerrat und das Erstarken der AfD der Dynamik auf kommunaler Ebene einen Dämpfer verpassen. Daher ist nicht primär die Fallzahl, sondern die Institutionalisierung der Knackpunkt für die weitere Entwicklung im Bereich Bürgerräte.

Von Fallzahlen zu Veränderung

Also was bedeuten die Zahlen? Die insgesamt über 400 erfassten Fälle geloster Beteiligungsverfahren in der Datenbank Bürgerräte sowie die histo-

risch weithin hohe Anzahl an jährlichen Verfahren zeigt: Bürgerräte sind in Deutschland umfassend erprobt, verbreitet und zunehmend etabliert. Wir wissen inzwischen sehr gut, wie das Format Bürgerrat funktioniert und wie es an sich auf die beteiligten Menschen wirkt.

Wie Bürgerräte insgesamt wirken, hängt davon ab, wie wir sie weiter nutzen. In Welver hat der Bürgerrat empfohlen, die lokale Mehrzweckhalle abzureißen. Auch konkrete Ideen für eine neue Bebauung sind entstanden. Was daraus wird und ob die positiven Effekte des Projekts verstetigt werden, entscheidet die Kommune, nicht der Bürgerrat. Ähnlich sieht es auf Bundesebene aus. Die sehr konkreten Empfehlungen des Bürgerrates Ernährung im Wandel warten im Fachausschuss ebenso auf ihre Umsetzung wie die Ankündigung im Koalitionsausschuss für weitere Bürgerräte.

Jetzt braucht es sowohl neue Strukturen - Regeln, Geld und Einbettung in

Die Themenfelder 2025



Einen ausführlichen Überblick über Bürgerräte im Jahr 2025 finden Sie in unserer Publikation **Bürgerräte 2025: Ein Rückblick und Ausblick**.



► www.mehr-demokratie.de/publikationen/buergerraete-2025-rueckschau-und-ausblick

wichtige politische Prozesse - als auch eine größere Bereitschaft bei Politik und Verwaltung, die offene, informierte Diskussion der Bürgerinnen und Bürger in ihre Arbeit zu integrieren.

Wegweisend könnte wiederum die Entwicklung in Baden-Württemberg nach den Landtagswahlen sein. Sollten die CDU wie prognostiziert die Wahl gewinnen, könnte ihr Umgang mit der bisherigen Förderung von Beteiligung - die sogenannte Politik des Gehörtwerdens - ein wichtiges Signal für die Parteikolleginnen und -kollegen in anderen Ländern und auf Bundesebene aussenden.

Unabhängig davon gilt auch im Bereich Bürgerräte: Wir werden nicht darauf warten, dass demokratische Erneuerung von oben gegeben wird. Vielmehr werden wir sie weiterhin selbst vorschlagen, vorleben und in direktdemokratischen Initiativen vorantreiben. /



Florian Wieczorek

leitet bei Mehr Demokratie zusammen mit einem Kollegen den Bereich Bürgerbeteiligung und Bürgerräte.



Save the Date: **Bundesmitglieder- versammlung am 16. bis 17. Mai in Nürnberg**

Am 16. und 17. Mai findet unsere nächste Bundesmitgliederversammlung in der Jugendherberge Nürnberg statt.

Im Mittelpunkt steht der Austausch und die Weiterentwicklung der Rolle von Mehr Demokratie. Zentrale Themen der Versammlung sind:

- Direkte Demokratie auf allen Ebenen (unter anderem Einwohneranträge, Petitionen)
- Bürgerbeteiligung, losbasierte Bürgerräte und digitale Demokratie
- Demokratische Kultur (Dialogformate wie Sprechen & Zuhören, Demokratie erleben)
- Staatsmodernisierung (Transparenz, institutionelle Reformen, Zukunft Europas)
- Wahlrecht (Sperrklausel, Fünf-Prozent-Hürde, offene Listen)

Ergänzend werden die Querschnittsthemen Klima und Ungleichheit betrachtet.

Die Bundesmitgliederversammlung ist als lebendiger Arbeits- und Diskussionsraum angelegt: für den offenen Austausch zwischen Mitgliedern, neuen Aktiven und Mitarbeitenden, für unterschiedliche Perspektiven und konstruktive Kontroversen und für gemeinsame Antworten auf die Frage, wie Mehr Demokratie heute und morgen wirksam bleibt.

Ralf-Uwe Beck

SOUVERÄN

Plädoyer für mehr direkte
Demokratie

Ein Essay
aus ostdeutscher
Perspektive



 oekom

Ein Plädoyer für mehr direkte Demokratie

Was heißt es, wirklich souverän zu sein? Unser Bundesvorstandssprecher Ralf-Uwe Beck ist dieser Frage mit seiner eigenen ostdeutschen Perspektive nachgegangen. Nun ist sein Buch dazu erschienen. Wir haben ihn gefragt: Warum gerade jetzt?

Interview von Anja Schuller

Du kämpfst seit 25 Jahren für die direkte Demokratie. Jetzt hast du ein Buch dazu geschrieben. Gab es einen konkreten Anlass?

Wir haben über Jahrzehnte auf eine Debatte vom Niederen zum Höheren gesetzt: Je selbstverständlicher Bürger- und Volksbegehren in Kommunen und auf Landesebene sind, umso unverständlicher wird es, dass uns die direkte Demokratie auf Bundesebene verweigert wird. Der bundesweite Volksentscheid schien mitunter schon fast greifbar. Dann der Brexit. Und die AfD hat das Thema besetzt. Das hat für zwei Dellen in der Debatte gesorgt. Parteien, die lange die Fahne hochgehalten hatten, lassen sie jetzt hängen, und manche - wie die Grünen - haben sie ganz abgenommen. Dem ist aus guten Gründen zu widersprechen.

Du hast das Buch als Essay verfasst. Warum?

Es ist kein Fach- oder Sachbuch. Ich gehe das Thema aus einer persönlichen Perspektive an und kehre dabei aber immer zu der zentralen Demokratie-Baustelle, zum bundesweiten Volksentscheid, zurück. So kann ich von Volksbegehren erzählen, Mut machen, aber auch den Parteien und ihren Phrasen den Spiegel vorhalten. Am persönlichsten dürfte das Kapitel sein, in dem ich beschreibe, wie fremd mir dieses Deutschland war, in das ich nicht geboren, sondern in das ich verwickelt wurde. Ein Kapitel heißt: Mein Deutschland 1990 und 2015.

Dieses Deutschland war dir fremd. Ist es das nicht mehr?

Es gab einen Moment, in dem ich zum ersten Mal gedacht habe: Das ist jetzt auch mein Deutschland. Entscheidend ist, ob und welche Möglichkeiten ich habe, mitzugestalten und mitzubestimmen. Ich war 28 Jahre alt, als ich zum ersten Mal eine freie und geheime Wahl erleben durfte, im März



„Die Verhältnisse nicht aushalten, sondern sie als gestaltbar betrachten und sie zu verändern versuchen. Das wird uns als die höchste, die eigentliche Freiheit vorgestellt. Die Gesellschaft gibt sich Regeln, an die wir gebunden sind. Frei sind wir in dem Maße, in dem wir sie nicht einfach hinnehmen müssen, sondern sie beeinflussen können. Wie frei also sind wir? Die Antwort entscheidet darüber, ob wir tatsächlich der Souverän sind. Das Grundgesetz gesteht uns zu, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen auszuüben. Solange wir zwar wählen, dazwischen aber nicht über Schicksalsfragen abstimmen dürfen, ist die zugesagte Freiheit ein nicht eingelöstes Versprechen. Es braucht die direkte Demokratie.“

aus **Souverän - Plädoyer für mehr direkte Demokratie** ►

Inhalt

Auftakt

I: Das Angebot: Direkte Demokratie in Ländern und Kommunen

Vom Untergang Bayerns

Wahlen – und dazwischen?

Direkte Demokratie mit Haken und Ösen

In vier Monaten 387.469 Unterschriften

II: Die Baustelle: Direkte Demokratie auf Bundesebene

Verkrustungen im Repräsentativsystem

Der allein gelassene Bundestag

Wahlen und Abstimmungen

III: Das Versprechen: Wiedervereinigung und direkte Demokratie

Auf dem Weg zur Deutschen Einheit

Am Runden Tisch: Doppelte Dosis Grundrechte

A + B ergab nur wieder A

Gemeinsame Verfassungsarbeit

Mein Deutschland 1990 und 2015

IV: Parteien, Parolen und Paradoxien

Im Bundestag: Zwanzig Debatten und zwei Dellen

Von Kunst und Macht: Die Grünen

Alte Forderungen und neue Furcht: Die SPD

Erste Delle in der Debatte: Brexit

Zweite Delle in der Debatte: AfD

CDU, FDP, Die Linke und die CSU

Noch eine Delle: Bürgerräte

V: Nicht zu haltende Vorbehalte

Schädlich für den Parlamentarismus

Primitive Ja/Nein-Entscheide

Bundespolitik – zu komplex für die Bürger

Anfällig für Stimmungsmache

Der Staat als Selbstbedienungsladen

Niemand mehr verantwortlich

Antidemokratische Affekte

VI: Wie weiter?

„Die letzte Patrone“

Das Glimmen in den Programmen

Die Parteien bewegen

Bürgerräte und direkte Demokratie

Mit dem Volkseinwand Vertrauen zurückholen

Freiheit

Dank Anmerkungen

1990. Bis heute empfinde ich es als hohen Moment, ein Wahllokal zu betreten und zu spüren, wie alle, die das mit mir tun, sich als Souverän erleben. Und schon einen Tag später werden wir – auf Bundesebene – auf die Zuschauerrolle reduziert.

Wieso ist das problematisch?

Mit unserer Wahlentscheidung ist es so, als würden wir im Restaurant nicht ein Gericht bestellen, sondern die Zutaten. Zu der Küche, in der daraus etwas gekocht wird, haben wir keinen Zutritt. Und zu dem, was uns dann serviert wird, heißt es nur: Friss oder stirb. Wir brauchen die direkte Demokratie, damit wir uns auch zwischen Wahlen als Souverän erleben können und uns nicht fremd fühlen müssen im eigenen Land.

Die friedliche Revolution spielt dabei eine große Rolle?

Mir ist das erst während des Schreibens und meiner Recherchen aufgegangen: Die DDR-Bürgerrechtsbewegung war die einzige Kraft, die sich darauf vorbereitet hatte, umzusetzen, was die Mütter und Väter im Artikel 146 des Grundgesetzes für den Fall der Wiedervereinigung vorgesehen hatten: die Ausarbeitung einer gemeinsamen Verfassung und darüber dann eine Volksabstimmung. Wenn uns heute Politikerinnen und Politiker weiß machen wollen, die Eltern des Grundgesetzes hätten den bundesweiten Volksentscheid nicht eingeführt, um die repräsentative Demokratie zu schützen, ist das schlicht falsch. Sie lenken damit nur davon ab, dass das Versprechen bis heute nicht eingelöst ist.

Und das hat Auswirkungen, die besonders im Osten spürbar sind?

Ja, das Buch könnte auch heißen: Das Vertrauen in die Demokratie ist im Keller und auf dem Dach tanzt die AfD. Ich hoffe, mit dem Buch wird verstehbarer, wo die Enttäuschungen herrühren – und was heute zu tun ist. Die direkte Demokratie ist ein Frustschutzmittel. Die DDR-Bürgerrechtsbewegung hatte das verstanden und hat die direkte Demokratie für alle politischen Ebenen gefordert. Aber sie ist betrogen worden und konnte sich nicht durchsetzen.

Ein ganzes Kapitel befasst sich mit den Vorbehalten gegenüber der direkten Demokratie.

Mit der Demophobie. So heißt ein Buch der ehemaligen Bundesverfassungsrichterin Gertrude Lübke-Wolff, das vor drei Jahren erschienen ist. Sie nimmt – wissenschaftlich fundiert



Souverän - Plädoyer für mehr direkte Demokratie.
Ein Essay aus ostdeutscher Perspektive. Von Ralf-Uwe Beck, oekom verlag, 22 Euro



► www.oekom.de/buch/souveraen-plaedoyer-fuer-mehr-direkte-demokratie-9783987265211

Ausgehend von der friedlichen Revolution 1989 und der enttäuschten Hoffnung auf verbindliche Mitbestimmung zeigt unser Vorstandssprecher Ralf-Uwe Beck in seinem neuen Buch, wie Demokratie von Parteien auf den Wahlakt reduziert wird - und warum das zu Frust und Entfremdung führt. Mit großer Sachkenntnis und erzählerischer Kraft schildert er das Potenzial der direkten Demokratie in Kommunen und Ländern. Ihr Fehlen auf Bundesebene markiert Beck als zentrale Demokratie-Baustelle. Er analysiert parteipolitische Blockaden, räumt mit Vorbehalten auf und Ausreden beiseite. Er plädiert für Volksentscheide als notwendige Ergänzung des Parlamentarismus und als Frustschutzmittel gegen autoritäre Populisten. Ein engagiertes Buch, und eine Einladung, die eigene politische Verantwortung wahrzunehmen.

- die Vorbehalte systematisch auseinander. Mich hat das sehr inspiriert. Ich gehe allerdings salopper mit dem Stoff um, und mitunter mache ich mich auch lustig über all die Tünche, mit der die Forderung nach dem bundesweiten Volksentscheid überzogen wird. Sie dient nur dazu, die Bürgerinnen und Bürger auf Abstand zu halten.

Und wie sollte es nun weitergehen?

90 Prozent der Bevölkerung sind von der Demokratie als Staatsform überzeugt. Aber dass sie gut funktioniert, finden nur noch gut die Hälfte, in Ostdeutschland sogar noch weniger. Da muss uns etwas einfallen. Auf der Suche nach Auswegen aus der Vertrauens- und Repräsentationskrise werden losbasierte Bürgerräte propagiert. Die können schon helfen, politische Entscheidungen zu qualifizieren. Aber Selbstwirksamkeitserfahrungen können damit nur die machen, die ausgelost werden. Vielmehr ist heute wieder Gebot der Stunde, Ziel und Zweck der direkten Demokratie im demokratischen System herauszuarbeiten: Sie sorgt dafür, dass die parlamentarische Demokratie hält, was uns mit ihr versprochen ist. Sie greift sie nicht an, sondern veredelt sie. Das ist des Pudels Kern in dem angstbesetzten Verhältnis von direkter und parlamentarischer Demokratie. Das Thema ist nicht erledigt - im Gegenteil. /



Anja Schuller
leitet gemeinsam mit einer Kollegin den Bereich Öffentlichkeitsarbeit von Mehr Demokratie.

Sie möchten sich für den Bundesweiten Volksentscheid einsetzen?

Dann bringen Sie sich bei Mehr Demokratie in die Arbeitsgruppe Strategie bundesweiter Volksentscheid (AG Strategie BVE) ein.

Nach einer detaillierten Zielbeschreibung hat die AG unvoreingenommen alle bekannten Strategien zur Einführung des BVE analysiert und zusammengefasst. Danach wurden Kriterien aufgestellt, nach denen die Umsetzbarkeit bewertet werden kann. Sie sollen eine Vergleichbarkeit der verschiedenen Strategien herstellen und die Vor- und Nachteile besser greifbar machen.

Die Strategien sollen nun von möglichst vielen Menschen bewertet werden. Dabei geht es nicht darum, einen Sieger zu küren, sondern herauszufinden, über welche Punkte noch intensiv diskutiert werden muss, um einen möglichst breiten Konsens zu erzielen. Nur mit diesem können wir das Ziel der Einführung erreichen.

Es gibt noch viel zu tun. Uns beschäftigen dazu viele Fragen.

Wir freuen uns über jeden und jede, der oder die diesen Prozess aktiv begleiten, selbst Bewertungen abgeben und das Thema in die Breite tragen möchte. Zum Mitmachen in der AG Strategie BVE melden Sie sich bitte bei Ingo Weidelt ingo.weidelt@unabhaengige.info. Wir freuen uns auf Sie.



Demokratie gemeinsam programmieren

Was wäre, wenn digitale Technologien tatsächlich verbinden und politische Entscheidungen im offenen Dialog mit der Gesellschaft entstehen würden? Die taiwanische Digitalpolitikerin und Hackerin Audrey Tang zeigt, dass es möglich ist. Ihr Ansatz einer radikal transparenten, partizipativen Demokratie hat Taiwan international zum Vorbild gemacht. Ihr Denken eröffnet auch für Europa eine zentrale Frage: Wie demokratisch wollen wir die digitale Zukunft gestalten?

von Anja Schuller



Foto: „Revista PODER Perú“ von Audrey Tang

Als Taiwan 2020 mit einer Welle von Desinformation zur Corona-Pandemie konfrontiert war, reagierte die Regierung ungewöhnlich schnell. Und dialogorientiert. Anstatt Gerüchte nur zu widerlegen, setzte sie auf offene Kommunikation, Humor und Beteiligung. Hinter diesem Ansatz stand Audrey Tang, Taiwans damalige Digitalministerin. Tang gilt als eine der einflussreichsten Vordenkerinnen für digitale Demokratie weltweit. Ihr Ansatz verbindet technologische Innovation mit einem klaren demokratischen Ziel: mehr Mitsprache, mehr Transparenz, mehr Vertrauen.

Tang, die sich selbst als „konservative Anarchistin“ bezeichnet, denkt Demokratie nicht als starres Institutionengefüge, sondern als lernendes System. Technik ist für sie kein

Selbstzweck, sondern ein Werkzeug, um gesellschaftliche Verständigung zu verbessern. Demokratie müsse – ähnlich wie Software – ständig weiterentwickelt, getestet und gemeinsam verbessert werden. Für diesen Ansatz wurde sie 2023 mit dem *Right Livelihood Award* ausgezeichnet, der oft als Alternativer Nobelpreis bezeichnet wird.

Vom Hackerethos zur politischen Verantwortung

Audrey Tang wurde 1981 in Taipeh geboren. Im Alter von acht Jahren brachte sie sich selbst das Programmieren bei. Ohne klassischen Bildungsweg entwickelte sie sich zur gefragten ►

Software-Expertin und engagierte sich früh für Transparenz, Informationsfreiheit und zivilgesellschaftliche Technologieprojekte in Taiwan. 2016 wurde Tang als weltweit erste offen nonbinäre Person in ein Ministeramt berufen und übernahm das neu geschaffene Digitalministerium Taiwans.

„For advancing the social use of digital technology to empower citizens, renew democracy and heal divides.“

Audrey Tang

Bereits als Jugendliche machte sich Tang in der internationalen *Open-Source*-Szene einen Namen. Die Kultur des Teilens, der Freiwilligkeit und der Zusammenarbeit prägt bis heute ihr politisches Denken. Open Source bedeutet: Jede

und jeder kann den Code einsehen, verändern, verbessern. Übertragen auf Demokratie heißt das für Tang: Politische Prozesse müssen offen, nachvollziehbar und gemeinschaftlich gestaltbar sein.

In Taiwan fand dieser Ansatz fruchtbaren Boden. Nach den Protesten der Sunflower-Bewegung 2014 öffnete sich die Politik gezielt für neue Beteiligungsformate. Die Bewegung hatte sich gegen intransparente politische Entscheidungen gerichtet und deutlich gemacht, wie groß das Bedürfnis nach Mitsprache war. Tang wurde 2016 als parteilose Ministerin in die Regierung berufen - ein Novum. Ihre Aufgabe: die Brücke zwischen Zivilgesellschaft, Verwaltung und Technologie schlagen und neue Formen politischer Zusammenarbeit erproben.

Beteiligung statt Polarisierung

Ein zentrales Instrument ist die Online-Plattform vTaiwan. Hier diskutieren Bürgerinnen und Bürger Gesetzesvorhaben gemeinsam mit Expertinnen und Experten, Unternehmen und Ministerien. Der Clou: Statt Mehrheiten zu zählen, macht das System sichtbar, wo Konsens entsteht. Polarisierende Aussagen werden nicht verstärkt, sondern abgeflacht; Gemeinsamkeiten treten hervor. So entsteht ein deliberativer Raum, der auf Verständigung statt Zuspitzung setzt.

„Cyberspace is a conflict region, and my work turns that conflict into an energy source for co-creation, showing the world it is time to work on peace in this zone.“

Audrey Tang

Dieses Prinzip folgt einer einfachen demokratischen Logik: Dauerhafte Lösungen entstehen dort, wo viele Perspektiven gehört werden. Tang spricht von „radikaler Transparenz“ und „kollaborativer Governance“. Entscheidungen werden nicht hinter verschlossenen Türen vorbereitet, sondern im öffentlichen Dialog entwickelt. Das stärkt nicht nur die Qualität politischer Entscheidungen, sondern auch ihre Akzeptanz in der Bevölkerung.

Demokratie braucht Vertrauen und Transparenz

Ein weiterer Kern von Tangs Arbeit ist Offenheit im Regierungshandeln: Sitzungen werden dokumentiert, Entscheidungswege öffentlich gemacht, staatliche Daten zugänglich.

Digitale Beteiligung? Können wir auch!

Consul ist eine digitale Open-Source-Plattform für Bürgerbeteiligung, die Mehr Demokratie in Deutschland verbreitet und weiterentwickelt. Sie ermöglicht es Kommunen und Institutionen, Einwohnerinnen und Einwohner niedrigschwellig in politische Entscheidungsprozesse einzubeziehen, etwa durch Ideenvorschläge, Diskussionen, Bürgerhaushalte oder Abstimmungen. Ziel ist es, demokratische Mitwirkung transparent, verbindlich und für möglichst viele Menschen zugänglich zu gestalten.



Weitere Infos unter
▶ www.consuldemocracy.org

▶ www.mehr-demokratie.de/mehr-bewegen/projekte/beteiligungs-plattform-consul





Fehler gelten nicht als Schwäche, sondern als Lernchance. Vertrauen entstehe, so Tang, nicht durch Kontrolle, sondern durch Nachvollziehbarkeit. Gerade in digitalen Zeiten sei es entscheidend, dass staatliches Handeln erklärbar und überprüfbar bleibt.

Die Erfahrungen während der Pandemie zeigten, wie wirkungsvoll dieser Ansatz sein kann. Durch transparente Kommunikation und die frühe Einbindung gesellschaftlicher Akteure blieb das Vertrauen in demokratische Institutionen hoch - trotz großer Herausforderungen.

Impulse für Europa

Was lässt sich daraus für Demokratien in Europa lernen? Auch hier wachsen Politikverdrossenheit und Misstrauen. Digitale Räume sind oft von Hass und Desinformation geprägt. Tangs Ansatz zeigt: Es geht auch anders. Beteiligung kann niedrigschwellig, konstruktiv und wirksam sein - wenn sie ernst gemeint ist und politische Konsequenzen hat.

Mehr Demokratie setzt sich seit Jahrzehnten für direkte Demokratie, Bürgerbeteiligung und transparente Entscheidungsprozesse ein. Die Erfahrungen aus Taiwan unterstreichen diese Arbeit. Sie machen Mut, neue Wege zu gehen: Bürgerräte mit digitaler Unterstützung, offene Gesetzge-

bungsverfahren, eine Verwaltung, die zuhört und Dialog als Kern demokratischer Praxis versteht.

„The superintelligence we are looking for is already here. It's us.“

Audrey Tang

Audrey Tang erinnert uns daran, dass Demokratie kein fertiges Produkt ist, sondern ein gemeinschaftlicher Prozess. Im digitalen Zeitalter entscheidet sich mehr denn je, ob Technik zur Spaltung beiträgt - oder zur Verständigung. Die Antwort darauf ist eine politische. Und sie beginnt mit der Frage, wie viel Beteiligung wir wagen wollen. /



Anja Schuller

leitet gemeinsam mit einer Kollegin den Bereich Öffentlichkeitsarbeit von Mehr Demokratie.

Demokratie kompakt

Stand: Februar 2026

von Marcus Meier, Oliver Wiedmann und Gesa Roßkamp

Petitionsausschuss: Veto gegen mehr Mitbestimmung

Seit 2008 können Anliegen von allgemeinem Interesse als öffentliche Petitionen auf der Plattform des Bundestages mitgezeichnet werden. Mit 30.000 Unterschriften bekommen Petentinnen und Petenten eine öffentliche Anhörung im Petitionsausschuss. Bereits im Juni hatten wir gemeinsam mit anderen Akteuren die Veröffentlichung einer unserer Petition für ein Vetorecht beantragt. Sie schlägt vor, dass mit 500.000 Unterschriften ein Referendum über ein vom Bundestag beschlossenes Gesetz verlangt werden kann. Das ist nichts Neues. Die Schweiz kennt es. In Deutschland wurden entsprechende Anträge von verschiedenen Fraktionen eingebracht. Jedoch wurde zu unserer Überraschung die Veröffentlichung durch den Ausschussdienst abgelehnt: Es wäre das Ende der parlamentarischen Demokratie und wir gingen von falschen Voraussetzungen aus, hieß es. Wir legten Widerspruch ein, scheiterten erneut. Diesmal lautete der Ablehnungsgrund: „offensichtlich erfolglos“. Tatsächlich existiert dieser Ablehnungsgrund in den Verfahrensgrundsätzen für Petitionen. Das unterläuft den Geist des Petitionsrechts.

Demokratie lebt von verlässlichen Regeln. Als willkürlich empfundene Prüfverfahren untergraben das Vertrauen in die Demokratie. Wir haben uns in einem Brief an das Präsidium des Bundestages und den Ausschuss gewandt, fordern die Veröffentli-

chung unserer Petition und schlagen Verfahrensänderungen vor: Öffentliche Petitionen müssen für eine „sachliche öffentliche Diskussion“ geeignet sein. Ob dies zutrifft, sollte aber nicht vom Ausschussdienst bewertet werden. Jedes Thema kann unsachlich diskutiert werden. Um in die Debatte einzugreifen, stehen dem Ausschuss andere, sinnvolle Instrumente zur Verfügung. So kann bei unsachlichen Debatten das Diskussionsforum geschlossen werden, und eine Veröffentlichung kann abgelehnt werden, wenn die Petition gegen grundlegende Standards unserer Verfassung verstößt.

Die Funktion von Petitionen ist, dem Bundestag Vorschläge zu unterbreiten, losgelöst von politischen Mehrheitsverhältnissen. Auch die Möglichkeit, von einer Veröffentlichung abzusehen, wenn „die technischen oder personellen Kapazitäten für eine angemessene öffentliche Präsentation nicht gewährleistet sind,“ ist willkürlich. Vielmehr ist der Ausschussdienst so auszustatten, dass dieser Fall nicht eintritt. Mehr Demokratie plädiert vielmehr dafür, das Petitionsverfahren auszubauen. Wir empfehlen, öffentliche Petitionen, die mindestens 100.000 Mitzeichnungen erreichen, im Plenum des Bundestages einzeln aufzurufen und zu debattieren. So könnten Petitionen und auch die Rolle des Ausschusses gestärkt werden.



Parteispenden auf Rekordhoch: Geld ist Macht!

42 Millionen Euro flossen 2024 und 2025 als Großspenden an die Parteien. Das ist ein neuer Höchstwert vor einer Bundestagswahl. Die Organisation LobbyControl warnt in einem neuen Bericht: Diese Summen gefährden das demokratische Gleichgewicht. Besonders kritisch sieht LobbyControl sieben Einzelspenden, die jeweils die Millionengrenze knackten. Ab 35.000 Euro spricht die Organisation von „Einfluss Spenden“. Die Sorge: Wer so viel zahlt, verschafft sich Gehör und verzerrt den politischen Wettbewerb. Die Interessen wohlhabender Geldgeberinnen und Geldgeber wiegen dann schwerer als die der Allgemeinheit. Die Konsequenz für LobbyControl: Der Gesetzgeber muss Parteispenden endlich deckeln. Nur eine Obergrenze könne verhindern, dass Politik zur Frage des Budgets wird. Auffällig sei die Entwicklung bei der AfD; dort stiegen die Großspenden besonders stark an.



► www.lobbycontrol.de/parteienfinanzierung/parteispenden-2025-afd-grossspenden-explodieren-123936/?mtm_campaign=2026-02-03&mtm_kwd=3-Parteifinanzierung

Die AfD scheitert ... mal wieder

Kann die populistische Rechte mit den Mitteln der direkten Demokratie zumindest einige ihrer Ziele durchsetzen? Die einen hoffen, die anderen fürchten es. Im Denkmodell vieler Rechter gibt es einerseits einen ‚Volkswillen‘ und andererseits die als ‚linksgrün-versifft‘ empfundene Agenda der etablierten Parteien - und beide hätten wenig gemein. Die Realität ist - wie so oft - komplexer. Das zeigte sich Anfang Februar einmal wieder, diesmal in Bayern in Kissing bei Augsburg. Dort hatten das Ehepaar Florian und Nicole L., beide AfD-Aktive, ein Bürgerbegehren gegen einen Schulneubau angestoßen. Als Privatinitiative, wie die beiden nicht müde wurden zu betonen. Die Menschen sahen das überwiegend anders. Es kamen nur 250 Unterschriften zustande, über 800 wären nötig gewesen. Ein Supermarkt zog seine Unterstützung zurück, als er auf den politischen Background des Initiators und der Initiatorin angesprochen wurde. „Wären wir nicht in der AfD, hätten viel mehr unterschrieben“, ließ sich Florian L. in der Lokalpresse zitieren.

Bürokratieabbau versus Transparenz

Transparenzgesetze machen staatliches Handeln nachvollziehbarer und stärken das Vertrauen in Politik und Verwaltung. Ihr Kern sind digitale Plattformen, auf denen man in wenigen Schritten an behördliche Informationen gelangt: Verträge, Gutachten, Umweltdaten und vieles mehr. In Sachsen hat der Landtag am 3. Dezember 2025 beschlossen, den Start einer solchen Plattform um zwei Jahre zu verschieben, obwohl sie einsatzfähig ist. Begründung: Beim Transparenzgesetz soll umgesteuert werden - wegen zu viel Bürokratie, Kosten und Aufwand. Wir haben gemeinsam mit anderen unser Unverständnis geäußert, in mehreren Anhörungen, einer Stellungnahme und einem offenen Brief. Ab jetzt geht es darum, dass die Informationsrechte nicht beschnitten werden. Ob in Sachsen, im Bund oder in Europa: Ein Weniger an Bürokratie darf nicht mit einem Weniger an Demokratie einhergehen.

Olympia: 17 Bürger- entscheide in NRW



Am 19. April 2026 stimmen 17 nordrhein-westfälische Gemeinden gleichzeitig über eine Bewerbung des Rhein-Ruhr-Gebiets für die Olympischen und Paralympischen Spiele der Jahre 2036, 2040 oder 2044 ab. Rund vier Millionen Bürgerinnen und Bürger sind wahlberechtigt. Das Land Nordrhein-Westfalen übernimmt 85 Prozent der Kosten und gibt den Rahmen für das Verfahren vor. Erstmals wird dabei ausschließlich per Briefwahl abgestimmt; auf die klassische Urnenwahl wird verzichtet. Das Land erhofft sich durch dieses Verfahren eine höhere Wahlbeteiligung. Um dies zu ermöglichen, mussten einige der teilnehmenden Kommunen vorab ihre Satzungen anpassen.

Es ist bemerkenswert, wie geschlossen der Bürgerentscheid vorbereitet und vom Land unterstützt wird - ein Projekt dieser Größenordnung ist ein Novum. Der enorme Aufwand hat einen Grund: Die Erfahrung zeigt, dass die Akzeptanz der Bevölkerung über den Erfolg einer Bewerbung entscheidet. Sowohl das Internationale Olympische Komitee (IOC) als auch die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) betonen, dass eine frühzeitige Bürgerbeteiligung und eine umfassende, ganzheitliche Informationskampagne für die Umsetzung künftiger Spiele unerlässlich sind. Das Land NRW steht nun in der Pflicht, dies für seine Bürgerinnen und Bürger zu garantieren.

Auch München strebt eine Olympiabewerbung an. Zwar war die Wahlbeteiligung beim Bürgerentscheid zur Olympiabeteiligung mit 42 Prozent hoch, doch aus Sicht von Mehr Demokratie war die Informationskampagne einseitig positiv. In den beiliegenden Broschüren rund um die Kampagne in NRW muss es Raum für Gegenargumente geben - anders als es in München der Fall war.

30 Jahre danach: Mehr Demokratie in Bayern ... und anders- wo!

Was bleibt von einer politischen Aufbruchstimmung nach drei Jahrzehnten? Die Nürnberger Filmemacher und Filmemacherin Thomas Steigerwald und Julia Thomas haben ihre eigenen Anfänge zum Anlass für eine Bestandsaufnahme genommen. Vor 30 Jahren drehten sie ihre erste Dokumentation über den Volksentscheid Mehr Demokratie in Bayern. In ihrem neuen Film Demokratie als Lebensaufgabe suchen sie zwei aktive Menschen von damals wieder auf. Im Fokus stehen Silvia Gauss und Tim Willy Weber. Das Paar lernte sich 1995 während der Kampagne für den bayerischen Bürgerentscheid kennen. Aus dem ehrenamtlichen Einsatz wurde ein Lebensweg: Weber leitete Mehr Demokratie später als Bundesgeschäftsführer, Gauss arbeitete im Bundesvorstand.

Der Film nutzt die persönlichen Rückblicke, um die Bedeutung des Jahres 1995 einzuordnen. Der damalige Erfolg gilt als Initialzündung für die Gründung von Mehr Demokratie. Bayern ist heute deutscher Meister der direkten Demokratie. Demokratie als Lebensaufgabe ist die erste von zwei 30-Jahre-danach-Dokus. Die Dokumentation ist ab sofort kostenlos auf YouTube zu sehen.



► www.medienpraxis.tv/2025/12/27/demokratie-als-lebensaufgabe-silvia-gauss-und-tim-willy-weber/

Engagement fördert nicht nur die Demokratie, sondern auch unser Wohlbefinden

Rezension von Anna E. Poth

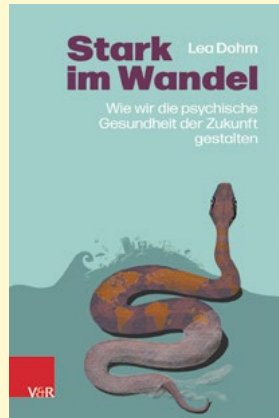
„Gemeinschaften, die zukunftsfähig sein wollen, können sich nur ein begrenztes Maß an Rückzug und Passivität leisten. Auch Demokratie lebt grundsätzlich von aktiver Partizipation sowie dem Willen und Mut, sich für das Gemeinwohl einzusetzen – sei es durch eigenes Engagement, das direkte Ansprechen von Entscheidungsträger*innen oder wenigstens als Vorbild für andere.“

So schreibt es Lea Dohm in ihrem Buch *Stark im Wandel - Wie wir die psychische Gesundheit der Zukunft gestalten*. Die Diplom-Psychologin und Psychologische Psychotherapeutin betreut unter anderem bei der deutschen Allianz Klimawandel und Gesundheit das Themenfeld mentale Gesundheit. Besonders bekannt ist sie durch ihre Vorträge und Publikationen zu den psychischen Folgen der Klimakrise.

Engagement kann vor Prokrastination schützen

Lea Dohm zeigt in ihrem Buch deutliche Zusammenhänge und Strukturen auf, die das Individuum und die gesamte Gesellschaft braucht, um aktiv mitzugestalten und so die Herausforderungen gemeinsam zu lösen. So fördert Engagement in einem Verein oder in einer Initiative nachweislich die psychische Gesundheit eines Einzelnen und somit die Stärke der Gesellschaft.

Mit vielen Beispielen und Stimmen von weiteren Kolleginnen und Kollegen möchte Lea Dohm für Interessierte und Fachpublikum Erklärungen und Anreize schaffen, sich aktiv einzubringen und den Herausforderungen von morgen zu begegnen. Gekonnt stellt



Stark im Wandel - Wie wir die psychische Gesundheit der Zukunft gestalten. Von Lea Dohm, Vandenhoeck & Ruprecht Verlag, 25 Euro

Lea Dohm Ergebnisse und Erlebnisse aus der psychologischen Praxis in Relation zu den Veränderungen in der Gesellschaft und nimmt immer wieder weitere Stimmen hinzu.

Aus psychologischer Sicht befördern Krisen etwas Gutes

Im sogenannten Dooming-Kapitel lässt Dohm ihren Kolleginnen und Kollegen Raum düstere Zukunftsvisionen und ihre Sorgen zu äußern. Das darauffolgende Sunshine-Kapitel ist nicht nur mehr als nötig, sondern macht deutlich, dass auf globale Krisen nicht gleich die nächste Krise folgen muss.

Angehörige der „psychischen Berufe“ beschreibt Lea Dohm als „Change Agents“. Diese können durch ihre Fachausbildung unterstützen, bewusst eine lebendige Gesellschaft zu erhalten und in herausfordernden Zeiten mit positiven Entwicklungsfaktoren die Demokratie weiter zu fördern.

Selbstfürsorge im Engagement ist unabdingbar

Nicht zuletzt greift Dohm die psychische Gesundheit jedes Einzelnen und jeder Einzelnen auf. Mit Fragen, die zum Reflektieren anregen, und Beispielen aus der eigenen Praxis verdeutlicht sie, dass engagierte Personen auf sich selbst achten müssen. Auch Neulinge auf diesem Gebiet können von den Übungen und Gedankenspielen profitieren, wenn sie bereit sind, sich darauf einzulassen.

Ihr Buch kann dazu beitragen, dass Engagierte gestärkter und bewusster die Demokratie lebendig halten. Für Fachpersonen aus Politik und Gesellschaft kann es ein Weckruf sein, fachübergreifender zu denken und zu handeln. In einer komplexen Gesellschaft können verschiedene Fachrichtungen durch ihr Engagement zukunftssichere Werte und Einstellungen vermitteln, die die Gesellschaft von morgen prägen. /



Anna E. Poth

ist freie Journalistin und Social-Media Managerin. Mit einem Fokus auf Gesundheitsprävention, Medizin und die Auswirkungen des Klimawandels auf unsere Gesundheit und das gesellschaftliche Zusammenleben schreibt sie für diverse Print- und Onlinemedien.

Neues aus den Landesverbänden

Mit Terminen vor Ort.

Baden-Württemberg

Während die CDU Bürgerbegehren bei der Bauleitplanung verbieten will, konnten wir von Grünen, SPD, FDP und Linken bereits die Zusagen gewinnen, dass ein solcher Rückschritt mit ihnen nicht machbar ist.

Unsere Veranstaltungsreihe Demokratie-Aufbruch in Stuttgart, Heidelberg und Freiburg ist angelaufen und wir haben einen Demokratie-Check zu den Wahlprogrammen der nächsten Landtagsparteien herausgegeben. Auch bei der Bürgermeisterabwahl bleiben wir am Ball: Gemeinsam mit lokalen Kräften aus Appenweier fordern wir eine Gesetzeslösung für unhaltbare Zustände in Rathäusern.

Bayern

Wir waren bei der Fraktionsklausur der Freien Wähler in Berchtesgaden zu Gast und gaben Input zur Weiterentwicklung von Bürgerentscheiden. Zudem bringen wir eigene Ideen in die derzeit tagende Kommission Staatsreform ein, die bis Ende 2026 ihre Ergebnisse vorlegen soll. Das Vierte Modernisierungsgesetz wird derzeit hinter den Kulissen überarbeitet - insbesondere bleibt die geplante Streichung von Berichtspflichten wie dem Lobbyregisterbericht kritisch.

Zugleich setzen wir uns im Team Süd - unter anderem mit Podiumsdiskussionen und Sprechen & Zuhören - für die Stärkung der demokratischen Kultur in Kommunen ein, auch mit

Blick auf die bayerischen Kommunalwahlen und die Landtagswahlen in Baden-Württemberg am 8. März 2026. Ein Erfolg: Unser neues multimediales Demokratie-Material für die Verfassungsviertelstunde ist nun endlich fertig und kann bald von Schulen in Bayern genutzt werden.

Berlin/Brandenburg

In Brandenburg scheiterte der bereits weit gereifte Bürgerrat kurz vor seiner Einberufung am BSW, und dann scheiterte die Regierung selbst. In die aktuell laufenden Koalitionsverhandlungen haben wir unsere demokratiepolitischen Vorschläge eingebracht und hoffen auf eine Einsetzung des Bürgerrats durch die neue Koalition. In Brandenburg wie auch anderswo bedroht das Kopplungsverbot die direkte Demokratie. Demnach dürfen Volksinitiativen nur einzelne Forderungen beinhalten. Um diesen gefährlichen Trend entgegenzutreten, haben wir ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben.

In Berlin gibt es in diesem Jahr mindestens einen Grund zu feiern: Die direkte Demokratie wird 20 Jahre alt. Dass sie gelebte Praxis ist, zeigen auch die zwei laufenden Initiativen Berlin autofrei und Berlin werbefrei, die noch bis Ende April Unterschriften sammeln.

Aktuell entwickelt ein Team aus IT-Aktivistinnen und -Aktivisten für unseren Landesverband eine Sammel-App, die Initiativen in Berlin und Brandenburg das Unterschriftensammeln und

die Kampagnenarbeit bei Volksbegehren erleichtern wird.

Bremen/Niedersachsen

Im letzten Jahr haben wir unsere Aktivitäten vor Ort vorangetrieben. In Osnaabrück und Oldenburg fanden übers Jahr je fünf Ortstreffen statt, in Bremen vier. Bei diesen Treffen besprechen wir aktuelle Themen und kommen miteinander ins Gespräch. Manchmal trainieren wir auch unsere Demokratie-muskeln oder üben Sprechen & Zuhören. Das wollen wir auch 2026 fortsetzen. In Bremen fand im Januar 2026 das erste Mal eine Sprechen & Zuhören-Veranstaltung statt, Fortsetzung folgt.

In Bremen setzt sich eine Arbeitsgruppe weiter für die Schaffung eines Lobbytransparenzgesetzes ein. Beim Transparenzgesetz in Niedersachsen gibt es weiter keine erkennbaren Fortschritte. Zu den jüngst vorgestellten Reformvorschlägen für Kommunalverfassung und Kommunalwahlrecht suchen wir das Gespräch.

Hamburg

Der Zukunftsentscheid und ein weiteres Olympia-Referendum verunsichern die Hamburger Politik und Wirtschaft. Die Handelskammer Hamburg hat in der Jahresschlussveranstaltung 2025 der Versammlung Ehrbarer Kaufleute einen Angriff auf die direkte Demokratie in Hamburg eröffnet. Der rot-grüne Senat will schon bald die Volksgesetzgebung ändern. Auch der rechte Angriff auf die Zivilgesellschaft fehlt nicht: Die Finanzierung der direkten Demokratie sei zu intransparent.

Mehr Demokratie will in Hamburg einen landesweit ersten Bürgerrat zum Thema Klima erreichen. Die nach dem Volksentscheid neu gesetzten Ziele des Klimaschutzes betreffen alle Bürgerinnen und Bürger tiefgreifend und sollten mit partizipativ ausgehandelten Maßnahmen ausgestaltet werden. Intensive Gespräche laufen mit

Politik, Verbänden und Initiativen der Zivilgesellschaft und lassen bereits viel Unterstützung erkennen.

Hessen

Aktuell arbeiten wir voller Tatendrang auf die Beteiligungsphase mit Consul zu. Diese führen wir als Vorbereitung für die erste Stufe des Volksbegehrens durch. Über die Beteiligungsplattform kann ab Frühjahr jeder und jede Änderungen zum Gesetzentwurf vorschlagen. Dieser zielt vor allem auf eine Senkung der Hürden für Bürgerbegehren und -entscheide, sowie die Einführung eines Einwohnerantrags in Hessen ab. Von Januar bis April 2026 unterstützen uns Janne und Atiq im Rahmen ihres Praktikums bei der Planung der Volksbegehren-Kampagne.

Außerdem führen wir wichtige Gespräche mit Politikern und Politikerinnen, um bei ihnen mehr Bewusstsein für Volksbegehren zu schaffen und die Regeln für diese zu verbessern, zum Beispiel durch die freie Unterschriftensammlung. Unser nächstes Aktiventreffen zum Thema Demokratische Freiräume findet am 24. Februar 2026 in Frankfurt statt.

Mecklenburg-Vorpommern

In Schwerin gab es am 25. Januar 2026 den ersten Bürgerentscheid in der Geschichte der Stadt. Über den Bürgerentscheid wurde landesweit berichtet. Wir haben uns öffentlich für eine flächendeckende Plakatierungsgenehmigung und für die automatische Zustellung von Abstimmungsinformationen eingesetzt. Zudem unterstützte Mehr Demokratie im Kontext des Bürgerentscheids zwei Sprechen & Zuhören-Veranstaltungen.

Nordrhein-Westfalen

Der NRW-weite Schulwettbewerb anlässlich der Kommunalwahl 2025 fand am 30. Januar mit einer Abschlussveranstaltung seinen Höhepunkt. Rund

600 Gäste haben teilgenommen. Neben der Preisverleihung für die fünf besten Wettbewerbsbeiträge gab es einen Markt der Möglichkeiten, auf dem sich verschiedene Organisationen präsentierten - von der Landeszentrale für politische Bildung bis zum WDR. Daran anknüpfend plant der Landesverband anlässlich der Landtagswahl 2027 erneut einen Schulwettbewerb.

Zudem begleitet der Landesverband kritisch die 17 anstehenden Bürgerentscheide im April über eine potenzielle Olympiabewerbung, bei denen rund vier Millionen Menschen an die Abstimmungsurne gerufen werden.

Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz stehen die Landtagswahlen am 22. März 2026 bevor. Dafür bereiten wir aktuell Inhalte für die Öffentlichkeitsarbeit vor: einen Demokratie-Check der Wahlprogramme, mit dem wir prüfen, was die antretenden Parteien zu den Themen direkte Demokratie, Wahlrecht, Bürgerbeteiligung und Demokratie planen. In diesem Zusammenhang sind wir auch im Austausch mit dem Landesverband Baden-Württemberg, um zum Thema Wahlrecht ab 16 gemeinsam koordinierte Inhalte zu veröffentlichen. Denn während die Hälfte der deutschen Bundesländer Jugendlichen das Wählen mit 16 bei Landtagswahlen erlaubt, hinkt Rheinland-Pfalz hier noch hinterher.

Sachsen-Anhalt

In Sachsen-Anhalt fand am 22. Februar 2026 die Landesmitgliederversammlung statt. Es wurde ein neuer Landesvorstand gewählt.

Im Landtag wird derzeit ein Gesetzentwurf für ein Bürgerrätegesetz behandelt. Der Landesverband begrüßt im Wesentlichen den Vorschlag und wird sich unter anderem mit einer Stellungnahme einbringen.

Im Zuge der Landtagswahl haben die großen demokratischen Parteien ein Papier mit demokratiepolitischen

Empfehlungen erhalten. Dabei spielt auch eine Unterstützung zivilgesellschaftlicher Bündnisse eine Rolle. Im Rahmen von Sprechen & Zuhören in Sachsen-Anhalt wird es am 22. April 2026 eine Dialogwerkstatt in Halle (Saale) geben, zu der Vertreterinnen und Vertreter aus Zivilgesellschaft, Politik und Medien eingeladen werden.

Sachsen

Die Inbetriebnahme der Transparenzplattform des Freistaats Sachsen wurde leider mit den Stimmen von CDU, SPD und BSW um zwei Jahre auf den 1. Januar 2028 verschoben. Wir setzen uns weiter dafür ein, dass die Transparenzrechte nicht ab-, sondern möglichst ausgebaut werden.

Die Mitglieder in Leipzig haben sich im Februar und März wieder getroffen und am 5. März 2026 bei der Filmpremiere von Gelbe Briefe mit einem Infoabend für Mehr Demokratie geworben. Der Landesvorstand hat den Termin für die kommende Landesmitgliederversammlung festgesetzt. Sie wird am 19. September 2026 in Dresden stattfinden.

Thüringen

Die Landesregierung macht ernst und setzt den im Koalitionsvertrag angekündigten Bürgerrat zum Thema Frieden und Diplomatie in diesem Jahr ein. Der umfangreiche Bürgerrat soll bis Ende 2027 arbeiten. Mehr Demokratie wird den Bürgerrat kritisch und konstruktiv begleiten.

Zudem hat die Landesregierung den Entwurf für ein Entlastungsgesetz in den Landtag eingebracht. Das Gesetz soll helfen, Bürokratie abzubauen. Aber es sieht unter anderem vor, Transparenz- und Auskunftsrechte abzubauen. Wir werden uns dagegen wehren.

Am 28. März 2026 findet die Mitgliederversammlung des Landesverbandes statt. Es wird unter anderem ein neuer Landesvorstand gewählt. Inhaltlicher Schwerpunkt: Beteiligung in Kommunen. /

Mein demokratisches Erlebnis

Als Wahlbeobachter für die OSZE in Nordmazedonien: ein Erfahrungsbericht.

von Achim Wölfel



Am 19. Oktober sowie am 2. November 2025 fanden in Nordmazedonien Kommunalwahlen statt. Die knapp zwei Millionen Bürgerinnen und Bürger der Republik im Südosten Europas wählten in zwei Wahlgängen neue Gemeindeparlamente sowie Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Für die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) durfte ich als Wahlbeobachter im Rahmen einer Wahlbeobachtungsmission vor Ort dabei sein und die Wahl begleiten.

Wahlbeobachtungsmissionen der OSZE finden immer auf ausdrückliche Einladung des Gastlandes statt und setzen voraus, dass dieses auch Mitglied der OSZE ist. Ziel einer solchen Mission ist es, den Wahlprozess durch eine Gruppe unabhängiger internationaler Expertinnen und Experten anhand internationaler Standards und der landeseigenen Gesetzgebung überprüfen zu lassen. Die Mission, an der ich teilgenommen habe, bestand dabei aus einem Kernteam und Langzeitbeobachtenden, die über mehrere Wochen beziehungsweise Monate im Land sind, sowie Kurzzeitwahlbeobachtenden wie mich, die eine Woche rund um den Wahltag vor Ort sind.

Für mich war es die erste Mission als Wahlbeobachter und dementsprechend neu war auch alles für mich. Als einer unter rund 250 Kurzzeitwahlbeobachtern kann ich deshalb nur meine sehr persönlichen Eindrücke schildern und habe beispielsweise keinen Vergleich zu anderen Einsätzen. Enorm beeindruckt hat mich, wie professionell die gesamte Mission organisiert war. Das fing bereits beim relativ aufwendigen Bewerbungs- und Qualifikationsprozess an. Nach einem Onlinetest und anschließender Bewerbung für die Aufnahme in den Wahlbeobachter-Pool galt es einen einwö-

chigen Qualifikationskurs in Berlin zu absolvieren. Im Anschluss konnte ich mich dann auf die Mission in Nordmazedonien bewerben. Die Tätigkeit als Kurzzeitwahlbeobachter ist ein Ehrenamt und wird nicht finanziell entlohnt, lediglich Spesen werden übernommen.

Als Kurzzeitwahlbeobachter war ich eine Woche vor Ort. Einige Tage vor dem Wahltag fand die Anreise statt. In der Hauptstadt Skopje gab es dann mehrere ausführliche Vorbereitungstreffen mit allen Wahlbeobachtenden. Besonders interessant war hier der Austausch mit den zahlreichen Kolleginnen und Kollegen aus unterschiedlichsten Ländern. Da ich selbst unter anderem seit Jahren als Wahlhelfer in Deutschland tätig bin, konnten wir uns in den Pausen und abends über die Funktion sowie Vor- und Nachteile der verschiedenen Wahlsysteme austauschen – ein Genuss für jeden Demokratie-Nerd.

Im Anschluss an die Briefings ging es in das Einsatzgebiet. Dort machten wir uns in Zweiertteams – Grüße an meine tolle Kollegin Pernilla aus Schweden (Foto) gemeinsam mit Fahrer und Übersetzer mit der Umgebung vertraut, um dann am Wahltag zufällig ausgewählte Wahllokale zu besuchen und dort den Wahlvorgang zu beobachten. Die Ergebnisse der überall im Land stattfindenden Beobachtungen wurden elektronisch an das Kernteam übermittelt und fanden so auch unmittelbar Eingang in den vorläufigen Bericht zur Wahl, der schon einen Tag nach der Wahl veröffentlicht wurde. Einige Monate nach einer Wahlbeobachtungsmission wird von der OSZE ein umfangreicher finaler Bericht zum Einsatz veröffentlicht. Für uns Kurzzeitwahlbeobachtende endete die Mission drei Tage nach der Wahl. Für mich war es eine lehrreiche, herzliche und hochinteressante Erfahrung und ich freue mich bereits auf den nächsten Einsatz. /



Den vorläufigen Bericht zur Wahlbeobachtungsmission finden Sie hier:

► <https://odhr.osce.org/odhr/elections/north-macedonia/600656> (nur auf englisch, mazedonisch und albanisch verfügbar)



Achim Wölfel

ist Landesgeschäftsführer des Landesverbands NRW von Mehr Demokratie.

Kontakt

Landesbüro Baden-Württemberg
Rotebühlstr. 86/1, 70178 Stuttgart
Tel. 0711-509 10 10, Fax 0711-509 10 11
info@mitentscheiden.de

Landesbüro Bayern
Schwanthalerstr. 120, 80339 München
Tel. 089-24 88 70 74
bayern@mehr-demokratie.de

Beratung von Bürgerbegehren
Jan-Philipp van Olfen
Tel. 0151-29 54 53 54

Landesbüro Berlin/Brandenburg
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Tel. 030-42 08 23 70, Fax 030-42 08 23 80
berlin@mehr-demokratie.de

Landesbüro Bremen/Niedersachsen
Bernhardstr. 7, 28203 Bremen
Tel. 0421-794 63 70, Fax 0421-794 63 71
bremen@mehr-demokratie.de

Landesbüro Hamburg
Mittelweg 12, 20148 Hamburg
Tel. 040-56 11 13 50
hamburg@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Hessen
Henrik Lenzgen
Tel. 0221-66 96 65 18
henrik.lenzgen@mehr-demokratie.de

Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern
Hermannstr. 36, 18055 Rostock
mecklenburg-vorpommern@mehr-demokratie.de

Landesbüro Nordrhein-Westfalen
Gürzenichstraße 21 a-c, 50667 Köln
Tel. 0221-66 96 65 11, Fax 0221-66 96 65 99
nrw@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Rheinland-Pfalz
Henrik Lenzgen
Tel. 0221-66 96 65 18
henrik.lenzgen@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Saarland
Thomas Gretscher
Tel. 0681-416 36 41
thomas.gretscher@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Sachsen-Anhalt
Christian König
Tel. 030-42 08 23 70
christian.koenig@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Sachsen
Christian König
Tel. 030-42 08 23 70
sachsen@mehr-demokratie.de

Landesbüro Schleswig-Holstein
Sophie-Dethleff-Str. 4, 25746 Heide
Tel. 0431-55 60 29 99
sh@mehr-demokratie.de

Landesbüro Thüringen
Trommsdorffstr. 5, 99084 Erfurt
Christian König
Tel. 030-42 08 23 70
thueringen@mehr-demokratie.de

Arbeitsbereiche

Geschäftsführung und Kuratorium
Roman Huber, Büro Tempelhof
roman.huber@mehr-demokratie.de
Alexander Trennheuser, Büro NRW
alexander.trennheuser@mehr-demokratie.de

Service für Mitglieder und Förderer
Ramona Pump, Büro Tempelhof
mitgliederservice@mehr-demokratie.de

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Aline Koeppen und Anja Schuller (Leitung)
Marcus Meier (Pressesprecher)
presse@mehr-demokratie.de

Website
Aline Koeppen
aline.koeppen@mehr-demokratie.de
Stefan Padberg (Technik)
webmaster@mehr-demokratie.de

Vorträge und Repräsentation
Ralf-Uwe Beck, erreichbar über Büro Berlin
Claudine Nierth, erreichbar über Büro Berlin

Finanzierung und Stiftung
Katrin Tober, Büro Bremen
katrin.tober@mehr-demokratie.de

Wissenschaft und Dokumentation
Frank Rehmet
frank.rehmet@mehr-demokratie.de

Lobbyarbeit
Claudine Nierth, Büro Berlin
claudine.nierth@mehr-demokratie.de
Oliver Wiedmann, Büro Berlin
oliver.wiedmann@mehr-demokratie.de

Democracy International
Andreas Müller, Büro NRW
mueller@democracy-international.org

Arbeitskreis Aufbauende Demokratie
Harris Tiddens
harris.tiddens@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Europa und Welt
Carsten Berg
carsten.berg@gmail.com

Arbeitskreis Bürgerbegehren
Susanne Socher, Büro Tempelhof
beratung@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Wahlrecht
Paul Tiefenbach, Büro Bremen
paul.tiefenbach@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Bürgerbeteiligung
Fabian Reidinger, erreichbar über Büro Ba-Wü
fabian.reidinger@mehr-demokratie.de

Netzwerk Bürgerräte
www.buergerrat.de/wissen/netzwerk-buerger-
raete/

Beratung von Bürgerbegehren
Bei den Landesbüros oder zentral:
beratung@mehr-demokratie.de

Beratung zu Bürgerräten
Thorsten Sterk
thorsten.sterk@buergerrat.de

Bundesbüros

Bundesbüro Tempelhof
Tempelhof 3, 74594 Kreßberg
Tel. 07957-923 90 50, Fax 07957-923 90 55
mitgliederservice@mehr-demokratie.de

Bundesbüro Berlin
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Tel. 030-420 823 70, Fax 030-420 823 80
berlin@mehr-demokratie.de

Impressum

Herausgeber (V.i.s.d.P.)
Anja Schuller
Mehr Demokratie e. V.
Tempelhof 3, 74594 Kreßberg
Tel. 07957-923 90 50, Fax 07957-923 90 55
info@mehr-demokratie.de

Redaktion
zeitschrift@mehr-demokratie.de

Abonnement
18 Euro für vier Printausgaben jährlich.
Für Mitglieder und Förderer von Mehr
Demokratie e. V. ist das Abo mit dem
Mitgliedsbeitrag abgedeckt.

Anzeigen
Preisliste Nummer vier vom 11. April 2012

Druck
Druckerei & Verlag Steinmeier GmbH & Co. KG
100 Prozent Umweltpapier

Konto
Mehr Demokratie e. V., SozialBank AG
IBAN: DE63 3702 0500 0008 8581 05
BIC: BFSWDE33XXX

Kleingedrucktes
Nachdruck frei, Quellenangabe und Beleg-
exemplar erbeten. Namentlich gekenn-
zeichnete Artikel geben nicht unbedingt die
Meinung der Redaktion oder des Vereins wie-
der. Für unaufgefordert eingesandte Artikel
kann keine Haftung übernommen werden.
Die Redaktion behält sich die Kürzung/Nicht-
Veröffentlichung von Leserbriefen vor.

Bildnachweis
Soweit nicht anders angegeben, stammen
die Bilder dieser Ausgabe aus unserer
Datenbank.

Gestaltung
Liane Haug

Korrektorat
Alina Götz

Wir bieten mit Sprechen & Zuhören ein Dialogformat sowohl online wie auch vor Ort an. Hier können sich Menschen mit unterschiedlichen Meinungen respektvoll begegnen.

www.mehr-demokratie.de/mehr-wissen/demokratische-kultur



Seit 35 Jahren bringt Mehr Demokratie direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung voran und kümmert sich um Transparenz und ein faires Wahlrecht.

Das Gespräch ist das Herz der Demokratie. Wir reden mit Menschen auf der Straße, in Initiativen und in der Politik.

Unsere Überzeugung ist, dass Menschen fähig sind, frei, selbstbestimmt und in Respekt miteinander zu leben und gemeinwohlorientiert mitzubestimmen. Mit mehr Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie kann es gelingen, die gegenwärtigen Herausforderungen zu meistern und die Zukunft gemeinsam zu gestalten.

Bei uns können Sie mitmachen!

Folgen Sie uns auf den Social-Media-Kanälen. Dort posten wir regelmäßig Hinweise auf Veranstaltungen, spannende Verfahren in den Bundesländern und Kommunen und vieles mehr.

 facebook.com/mehrdemokratie
 x.com/Volksentscheid
 instagram.com/mehr_demokratie

info@mehr-demokratie.de
Tel. 030-42 08 23 70
www.mehr-demokratie.de



**MEHR
DEMOKRATIE**

Spendenkonto: DE04 3702 0500 0008 8581 00 | BIC BFSWDE33XXX